

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Winter 2017



Editorial von Ferdinand Fichtner, Dawud Ansari, Guido Baldi, Karl Brenke, Martin Bruns, Marius Clemens, Kristina van Deuverden, Christian Dreger, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Simon Junker, Claus Michelsen, Malte Rieth, Thore Schlaak und Aleksandar Zaklan

Deutschland in der Hochkonjunktur,
aber nicht auf dem Weg in die Überhitzung 1149

Bericht von Ferdinand Fichtner, Dawud Ansari, Guido Baldi, Martin Bruns, Marius Clemens, Christian Dreger, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Malte Rieth und Aleksandar Zaklan

Globaler Aufschwung bleibt vorerst intakt 1152

Bericht von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Deutsche Wirtschaft: Aufschwung hat an Breite gewonnen,
wird aber an Fahrt verlieren 1161

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Schwierige Regierungsbildung spielt keine große Rolle
für die Konjunktur« 1182

Bericht von Kristina van Deuverden

Hohe Haushaltsüberschüsse nutzen,
um Wachstumschancen in der Zukunft zu erhöhen 1183

Am aktuellen Rand Kommentar von C. Katharina Spieß

„Tag der Bildung“: Was trotz aller Fortschritte bei der früh-
kindlichen Bildung und Betreuung noch im Argen liegt 1194



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang
2017

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Mathilde Richter
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Rebecca Buhner
Claudia Cohnen-Beck
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Daniel Kemptner
Sebastian Kollmann
Matthias Laugwitz
Markus Reiniger
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Ferdinand Fichtner

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

Satz-Rechen-Zentrum, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

„UdSSR vor Erdöldefizit?“

In letzter Zeit wurde im Westen verschiedentlich vorausgesagt, die UdSSR werde in naher Zukunft zu einem Nettoimporteur von Erdöl werden. Dies werde nicht ohne Auswirkungen auf die Erdölpreise und den Ost-West-Handel bleiben. Eine Analyse der Lage der Erdölwirtschaft in der UdSSR und der voraussichtlichen weiteren Entwicklung zeigt jedoch – bei allen Vorbehalten gegenüber derartigen Prognosen –, dass pessimistische Einschätzungen gegenwärtig nicht gerechtfertigt sind. (...) Schwierigkeiten, wie sie von amerikanischer Seite vorausgesagt werden, implizieren so drastische Veränderungen in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, dass sie für die UdSSR in höchstem Maße unerwünscht sind. Die Sowjetunion dürfte daher bereit sein, der Erdölindustrie zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen, wenn sich ein Einbruch in der Produktion abzeichnen sollte. Es erscheint daher realistisch, für die Zeit bis 1985 von einem stabilen Produktionswachstum auszugehen. Dies ermöglichte nicht nur eine ausreichende Erdölversorgung der Sowjetunion und der übrigen RGW-Länder, sondern darüber hinaus – wenn auch möglicherweise abnehmende – Öllieferungen in den Westen.

aus dem Wochenbericht Nr. 50 vom 15. Dezember 1977

Deutschland in der Hochkonjunktur, aber nicht auf dem Weg in die Überhitzung

Von Ferdinand Fichtner, Dawud Ansari, Guido Baldi, Karl Brenke, Martin Bruns, Marius Clemens, Kristina van Deuverden, Christian Dreger, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Simon Junker, Claus Michelsen, Malte Rieth, Thore Schlaak und Aleksandar Zaklan

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiter in einem Aufschwung, der zuletzt sogar an Breite gewonnen hat. Neben der anhaltend kräftigen Konsumnachfrage im Inland trägt zunehmend auch eine immer stärker florierende Weltwirtschaft dazu bei, dass die deutsche Wirtschaft wächst. Die Exporte werden angekurbelt und daher investieren gerade die Unternehmen im kapitalintensiv produzierenden verarbeitenden Gewerbe allmählich wieder mehr. Dies gibt dem Aufschwung zusätzlich Schub.

Das DIW Berlin hebt seine Prognose im Vergleich zum Herbst an, zumal die erste Jahreshälfte stärker war als bisher in der amtlichen Statistik ausgewiesen. So dürfte die deutsche Wirtschaft in diesem und im kommenden Jahr um 2,2 Prozent wachsen. Im Jahr 2019 wird die Rate mit 1,6 Prozent dann voraussichtlich wieder etwas niedriger ausfallen. Im September waren noch 1,9 Prozent für dieses und das kommende Jahr erwartet worden; für das Jahr 2019 wird die Prognose nicht angepasst.

Deutschland durchläuft derzeit eine Phase der Hochkonjunktur: Die Produktionskapazitäten bleiben im Zuge der kräftigen wirtschaftlichen Entwicklung gut ausgelastet, allmählich dürften damit auch die Löhne und Preise etwas stärker steigen als bislang beobachtet. Eine Überhitzung der deutschen Wirtschaft zeichnet sich dennoch nicht ab. Bisher steigen die Löhne trotz der außerordentlich günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt – die Arbeitslosenquote liegt in diesem Jahr bei 5,7 Prozent und dürfte bis 2019 weiter auf 5,2 Prozent sinken – relativ moderat, sodass der Kostendruck bei den Unternehmen und auch die Preise für die hergestellten Güter und Dienstleistungen kaum steigen. Zwar liegt die Inflationsrate in diesem Jahr mit 1,7 Prozent deutlich über derjenigen der vergangenen Jahre;

dies geht aber fast ausschließlich darauf zurück, dass die Energiepreise nicht mehr sinken und Kostenentlastungen von dieser Seite daher entfallen. Aber selbst für das Jahr 2019 ist nicht mit Inflationsraten jenseits der Zwei-Prozent-Marke zu rechnen. Eine Lohn-Preis-Spirale, die für eine überhitzende Wirtschaft typisch wäre, ist jedenfalls nicht in Sicht.

Dafür dürfte auch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in vielen Ländern der Europäischen Union mitverantwortlich sein: Der Beschäftigungsanstieg hierzulande wird auch durch die Zuwanderung aus dem europäischen Ausland gespeist. Daher verbessert sich die Verhandlungsposition der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Tarifgesprächen nur allmählich. Zudem dürften die energiepreisbedingt niedrigen Inflationsraten der vergangenen Jahre zu den insgesamt moderaten Tarifabschlüssen beigetragen haben. Deren Laufzeiten erstrecken sich vielfach noch bis ins kommende Jahr; sie werden die Lohnentwicklung daher noch für längere Zeit prägen.

In der Europäischen Union und im Euroraum befindet sich die Wirtschaft zwar ebenfalls auf einem klaren Aufwärtstrend und die Produktion steigt stärker als das Produktionspotential; so nähert sich auch der Euroraum insgesamt, gemessen an den üblichen Schätzverfahren, wieder einer Normalauslastung der Kapazitäten. Allerdings bleibt in vielen Ländern die Arbeitslosigkeit hoch. Sowohl die private als auch die öffentliche Verschuldung ist zwar vielerorts in Relation zum Bruttoinlandsprodukt rückläufig, allerdings noch immer auf einem recht hohen Niveau. Und auch in vielen Bankbilanzen – vor allem in Italien – schlummern noch Risiken, weil ein erhebliches Kreditvolumen ausfallgefährdet ist.

In diesem Umfeld tut die Europäische Zentralbank gut daran, die Geldpolitik nur sehr allmählich zu straffen. Es wäre verfrüht, sich bereits jetzt auf einen langfristigen Ausstiegspfad aus der unkonventionellen Geldpolitik oder auf künftige Zinsschritte festzulegen, zumal die Inflationsrate, abgesehen von energiepreisbedingten Schwankungen, im Prognosezeitraum unter dem Inflationsziel von nahe bei, aber unter zwei Prozent bleiben dürfte. Mit einem schnellen Ausstieg würde die Europäische Zentralbank dagegen riskieren, dass die Konjunktur im Euroraum verfrüht deutlich an Fahrt verliert. Zudem bestehen für Banken, aber auch die öffentlichen Haushalte Zinsänderungsrisiken: Steigende Finanzierungskosten könnten schlimmstenfalls das Finanzsystem erneut destabilisieren.

Schon eine allmähliche Straffung der Geldpolitik – unterstellt wird für diese Prognose die Rückführung der Anleihekäufe ab der Jahreswende 2017/2018 sowie eine erste Zinserhöhung zur Jahresmitte 2019 – dürfte die derzeit sehr kräftige Konjunktur im Euroraum im späteren Prognosezeitraum etwas dämpfen. Auch andere Zentralbanken werden die Zügel im Prognosezeitraum wohl etwas anziehen, sodass die derzeit sehr kräftige weltwirtschaftliche Dynamik etwas nachgeben dürfte.

Dies wird im späteren Prognosezeitraum auch die deutschen Exporte leicht dämpfen und insgesamt für eine etwas weniger kräftige Expansion der Wirtschaftsleistung sorgen. Damit verliert die Beschäftigungsdynamik ebenfalls an Schwung – im Jahr 2017 werden 650 000 Stellen aufgebaut, im Jahr 2019 noch knapp 300 000. Auch deswegen expandiert die Kaufkraft der Haushalte weniger stark als in diesem und den vergangenen beiden Jahren. Der private Verbrauch dürfte so im späteren Prognosezeitraum etwas an Schwung verlieren und die deutsche Wirtschaft schwenkt auf einen etwas flacheren Kurs ein. Die Kapazitätsauslastung dürfte dann schon wieder leicht zurückgehen und der Konjunkturzyklus seinen Höhepunkt überschritten haben.

Dabei könnte das Wachstum – gerade im späteren Prognosezeitraum – allerdings auch höher ausfallen als hier prognostiziert, denn von der Finanzpolitik gehen möglicherweise kräftigere Impulse aus als unterstellt: Unabhängig vom Ausgang des Regierungsbildungsprozesses oder

gar eventueller Neuwahlen dürfte eine Koalition gleich welcher Couleur angesichts der nennenswerten fiskalischen Spielräume entweder die Steuern und Sozialbeiträge spürbar senken oder die Ausgaben erhöhen. Da aber noch unklar ist, wie die mitunter sehr unterschiedlich wirkenden Maßnahmen genau ausgestaltet werden, liegt dieser Prognose – wie üblich – der finanzpolitische Status quo zugrunde. Werden stattdessen zusätzliche Maßnahmen ergriffen, könnte das Wachstum der deutschen Wirtschaft deutlich höher ausfallen. Mit Blick auf politische Entscheidungsprozesse wäre das vor allem im Jahr 2019 der Fall. Beispielsweise könnten Maßnahmen mit dem häufig diskutierten Volumen von 15 Milliarden Euro einen Anstieg der Wachstumsrate um bis zu einen halben Prozentpunkt zur Folge haben.

Die fiskalischen Spielräume sollten indes nicht überschätzt werden. Der Finanzierungsüberschuss des Staates dürfte zwar in diesem Jahr bei 47,4 Milliarden Euro liegen und bis 2019 auf 54,1 Milliarden Euro steigen. Allerdings geht ein großer Teil der Überschüsse in den öffentlichen Haushalten auf die gute konjunkturelle Lage zurück, ist somit nicht dauerhaft und sollte deshalb auch nicht dauerhaft verplant werden. Zudem profitiert die öffentliche Hand derzeit von ungewöhnlich niedrigen Zinsen; im Zuge der Normalisierung der Geldpolitik werden die damit verbundenen Einsparungen allmählich wieder zurückgehen.

Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, alleine die kurzfristige wirtschaftliche Entwicklung zu stützen, sind in dem aktuellen Umfeld nicht angemessen. Angesichts der kräftigen Konjunktur sollten sich finanzpolitische Maßnahmen vielmehr darauf konzentrieren, den längerfristigen Wachstumspfad der deutschen Wirtschaft positiv zu beeinflussen. Angesichts der absehbar ungünstigen demografischen Entwicklung ist die Politik gefordert, insbesondere die Rahmenbedingungen für Investitionen in Deutschland attraktiver zu gestalten: Wenn es in Deutschland immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter gibt, müssen diese umso produktiver arbeiten können. Und: Wenn es in Deutschland immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter gibt, müssen relativ mehr Menschen in den Arbeitsmarkt eintreten wollen; dazu sollte die Belastung des Faktors Arbeit gesenkt werden. Grundlage dafür können gezielte öffentliche Ausgaben mit investivem Charakter

sein – etwa in Bildung oder Infrastruktur. Darüber hinaus braucht es mehr Anreize für Unternehmen, in den Kapitalstock in Deutschland zu investieren.

Unwägbarkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung gehen weiterhin vor allem vom außenwirtschaftlichen Umfeld aus. Immer noch ist der wirtschaftspolitische Kurs in den USA in vielerlei Hinsicht unklar und von der US-Regierung angekündigte Vorhaben werden nur stockend umgesetzt. Sollte es dennoch etwa zu Einschränkungen im internationalen Warenhandel kommen, etwa durch die – für diese Prognose nicht unterstellte – Aufkündigung von Handelsabkommen, dürften auch deutsche Exporteure beeinträchtigt werden.

Auch das europäische Umfeld birgt weiter hohe Risiken: Der Brexit-Prozess hat die deutsche Konjunktur bisher nicht gravierend geschwächt. Für diese Prognose wird unter-

stellt, dass es im Prognosezeitraum nicht zu einer Veränderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien kommt, also entweder der Austrittsprozess abgebrochen wird oder ein Anschlussabkommen vereinbart wird, das in handels- und investitionspolitischer Hinsicht ähnliche Verhältnisse schafft wie der EU-Vertrag. Sollte eine entsprechende Einigung nicht zustande kommen, könnte der Brexit die europäische und die deutsche Wirtschaft stärker beeinträchtigen als hier unterstellt.

Schließlich erwachsen auch weiterhin Risiken aus der wirtschaftlichen Lage im Euroraum. Ein schnellerer als hier unterstellter Anstieg der Zinsen im Zuge der Rückführung des Expansionsgrads der Geldpolitik könnte die Banken in manchen Ländern an ihre Belastungsgrenze bringen und dazu führen, dass die Finanzkrise im Euroraum wieder aufflammt. Dies würde auch die europäische und die deutsche Konjunktur spürbar dämpfen.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Dawud Ansari ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | dansari@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Karl Brenke ist Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Martin Bruns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mbruns@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Kristina van Deuverden ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin | cdreger@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Abteilungen Konjunkturpolitik und Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjuncker@diw.de

Claus Michelsen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

Aleksandar Zaklan ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | azaklan@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 50/2017:

www.diw.de/econbull



Globaler Aufschwung bleibt vorerst intakt

Von Ferdinand Fichtner, Dawud Ansari, Guido Baldi, Martin Bruns, Marius Clemens, Christian Dreger, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Malte Rieth und Aleksandar Zaklan

Die Weltwirtschaft dürfte in den kommenden zwei Jahren um jeweils vier Prozent wachsen. Das DIW Berlin hebt damit seine Prognose im Vergleich zum Herbst leicht an. Sowohl unter den entwickelten Volkswirtschaften als auch unter den Schwellenländern gewinnt der Aufschwung an Breite. Stützend wirkt vor allem der private Konsum, und auch die Investitionen entwickeln sich global weiterhin kräftig. Das Wachstum im Euroraum erweist sich trotz der in einigen Ländern anhaltend hohen Arbeitslosigkeit als stabil, wenngleich die Investitionen hier noch nicht sehr dynamisch sind. In China dürfte sich wegen des Abbaus von Überkapazitäten im produzierenden Gewerbe die Expansion etwas abschwächen. Eine insgesamt weniger expansive Geldpolitik, ausgehend von den USA und dem Euroraum, könnte die Nachfrage global leicht bremsen, so dass sich das Wachstum der Weltwirtschaft nicht weiter beschleunigen dürfte. Risiken für die Weltwirtschaft gehen vor allem von politischen Unsicherheiten in Europa und in den USA sowie möglichen Handelsbeschränkungen aus.

Der kräftige Aufschwung der Weltwirtschaft setzt sich fort. Im dritten Quartal war die konjunkturelle Lage sowohl in den entwickelten Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern ähnlich gut wie in der ersten Jahreshälfte. Haupttreiber des Wachstums war wiederum der Konsum. Auch die Investitionen blieben kräftig; vor allem in deren Gefolge hat der Welthandel im bisherigen Jahresverlauf spürbar zugelegt. Die Dynamik dürfte im nächsten Jahr anhalten, da das Wachstum mittlerweile auch unter den Schwellenländern an Breite gewinnt. Dies dürfte zusammen mit der stabilen Binnenkonjunktur in den entwickelten Volkswirtschaften der privaten Investitionstätigkeit Impulse verleihen. Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich wohl weiter verbessern. Im Euroraum bleibt die Arbeitslosigkeit allerdings hoch und der Lohn- und Preisauftrieb ist weiterhin moderat. In China bestehen zudem erhebliche Überkapazitäten im produzierenden Gewerbe, und der sektorale Wandel dort dürfte im weiteren Verlauf zu einer leichten Abflachung des Welthandels führen. In den USA hingegen könnten sich gegen Ende des Prognosezeitraums erste Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen; die Inflation dürfte steigen. Insgesamt ist daher nicht damit zu rechnen, dass sich das Wachstum der Weltwirtschaft weiter beschleunigt (Abbildung 1).

Dies liegt auch daran, dass die Geldpolitik global ihren Expansionsgrad wohl etwas reduzieren wird. In den USA wird die Zentralbank ihre Bestände an Vermögenswerten weiter abbauen und die Leitzinsen schrittweise anheben. Notenbanken in den Schwellenländern dürften folgen, wodurch sich die Finanzierungskosten für Unternehmen und Haushalte weltweit leicht erhöhen. Die Europäische Zentralbank hat zudem angekündigt, das Volumen ihrer monatlichen Käufe von Wertpapieren zu reduzieren. Es wird davon ausgegangen, dass die Nettoankäufe in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres eingestellt werden und im Folgejahr – die Inflationsrate dürfte sich dann allmählich von unten ihrer Zielmarke nähern – eine erste moderate Zinserhöhung erfolgt. Die Finanzpolitik dürfte global etwas weniger restriktiv aus-

gerichtet sein. In den USA werden wohl Steuerentlastungen moderat positive Impulse setzen.

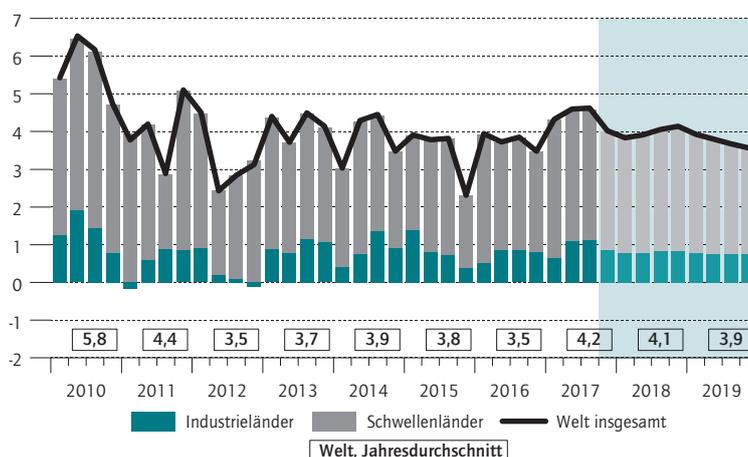
Alles in allem dürfte die Weltwirtschaft im Prognosezeitraum jährlich um rund vier Prozent wachsen. Die Prognose wurde damit im Vergleich zu den Herbstgrundlinien vom September 2017 leicht angehoben (Tabelle). Die insgesamt kräftige Expansion wird auch durch die Ölpreise gestützt, die nur verhalten steigen dürften (Kasten 1).

Risiken für die Weltwirtschaft gehen weiterhin von Europa aus, wo im nächsten Jahr wichtige Wahlen – etwa in Italien – anstehen. Erstarren die europaskeptischen Parteien oder verschärfen sich die Probleme der überschuldeten Banken, könnte sich die Unsicherheit im Euroraum erhöhen und auf den Investitionen lasten. Die Brexit-Verhandlungen könnten ebenfalls zu stärker als erwarteter Unsicherheit führen und die wirtschaftliche Entwicklung im Vereinigten Königreich dämpfen. Zudem könnten von den USA ausgehende Handelsbeschränkungen den Welthandel und die globale Investitionstätigkeit belasten.

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Das globale Wachstum geht 2019 nur leicht zurück.

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
Euroraum	1,7	2,4	2,1	1,7	0,4	1,4	1,6	1,7	10,0	9,0	8,6	8,3
ohne Deutschland	1,7	2,3	2,0	1,7	0,3	1,3	1,6	1,7	12,6	11,5	11,0	10,7
Frankreich	1,1	1,8	1,8	1,6	0,2	1,1	1,4	1,5	10,1	9,6	9,6	9,4
Italien	1,1	1,6	1,4	1,2	0,0	1,4	1,1	1,4	11,7	11,3	11,0	10,6
Spanien	3,3	3,1	2,7	2,3	-0,2	2,0	1,9	2,3	19,7	17,2	15,8	15,3
Niederlande	2,1	3,2	2,6	2,2	0,1	1,3	1,4	1,7	6,0	4,9	4,6	4,4
Vereinigtes Königreich	1,8	1,5	1,4	1,5	0,7	2,7	2,5	2,2	5,0	4,5	4,6	4,7
USA	1,5	2,3	2,5	2,4	1,3	1,8	1,6	2,1	4,9	4,4	4,1	4,0
Japan	1,0	1,5	1,2	1,2	-0,1	0,3	0,5	1,1	3,1	3,0	3,1	3,0
Südkorea	2,8	3,2	3,1	2,6	1,0	2,2	2,5	2,7	3,7	3,6	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	3,0	4,6	3,5	3,3	-0,2	1,6	2,4	2,5	5,7	4,6	4,2	3,9
Türkei	3,3	5,4	3,3	3,5	7,8	10,8	8,3	8,2	10,9	11,1	10,7	10,5
Russland	-0,2	1,9	1,6	1,7	7,1	4,2	4,1	4,0	5,5	5,2	5,1	4,8
China	6,7	6,8	6,5	6,5	1,6	1,7	2,5	3,3	4,1	4,1	4,1	4,1
Indien	7,9	6,7	7,3	6,6	2,9	5,6	6,1	6,1				
Brasilien	-3,5	1,0	0,9	1,1	8,7	3,6	4,9	6,0	11,3	12,8	10,6	8,4
Mexiko	2,7	2,6	2,2	2,0	2,8	5,7	3,2	3,2	3,9	4,1	4,8	4,8
Industrieländer	1,6	2,2	2,2	2,0	0,8	1,6	1,6	1,9	5,9	5,3	5,1	4,9
Schwellenländer	5,0	5,6	5,4	5,2	3,0	3,4	3,9	4,4	5,3	5,4	5,2	4,9
Welt	3,5	4,2	4,1	3,9	2,1	2,7	2,9	3,4	5,6	5,4	5,1	4,9

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

USA: Aufschwung setzt sich fort

Die US-Wirtschaft ist im dritten Quartal des laufenden Jahres um annualisiert 3,3 Prozent gewachsen. Sowohl der private Konsum als auch die Unternehmensinvestitionen haben sich deutlich erhöht. Auch vom Außenhandel kamen positive Impulse. Die Aufwärtsdynamik der US-Wirtschaft bleibt auch im Prognosezeitraum bestehen. Der private Konsum wird wohl merklich zulegen, auch wenn die mittlerweile niedrige Sparquote nicht mehr weiter zurückgehen dürfte. Die kontinuierliche Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt stützt den privaten Verbrauch. In den vergangenen drei Monaten wurden durchschnittlich 170 000 neue Stellen geschaffen; die Arbeitslosenquote lag im November nur noch bei 4,1 Prozent. Vor diesem Hintergrund sind etwas deutlichere Lohnerhöhungen als in den vergangenen Jahren zu erwarten. Gegen Ende des Prognosezeitraums dürften sich erste Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen.

Die Unternehmen werden im Zuge einer steigenden Kapazitätsauslastung ihre Investitionen ausweiten. Da sich die wirtschaftliche Lage kontinuierlich verbessert, dürfte die US-Notenbank ihren Expansionsgrad langsam verringern. So hat die Notenbank im laufenden vierten Quartal mit der allmählichen Reduzierung ihrer Anleihebestände begonnen. Aufgrund vorerst niedriger Inflationsraten werden die Zinsen aber zunächst nur langsam erhöht.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird sich im Zuge von Steuersenkungen wohl ausweiten. Es wird davon ausgegangen, dass der Kongress der von der Regierung eingebrachten Steuerreform bis zum Ende des laufenden Jahres abschließend zustimmen wird, nachdem der Senat den Entwurf Anfang Dezember gebilligt hatte; davon dürften vor allem Haushalte mit höheren Einkommen profitieren. Auch die effektive Steuerbelastung für Unternehmen wird zurückgehen. Unterstellt wird hier, dass von der Steuerreform eine geringe stimulierende Wirkung auf das Wirtschaftswachstum ausgehen wird. Alles in allem dürfte die US-Wirtschaft im Jahr 2017 um 2,3 Prozent zulegen. In den Jahren 2018 und 2019 wird die Wachstumsrate wohl bei 2,5 und 2,4 Prozent liegen.

Japan: Exporte tragen Aufschwung

Japans Wirtschaft ist im dritten Quartal um 0,3 Prozent gewachsen, nach 0,6 Prozent im Vorquartal. Den Aufschwung tragen in erster Linie die Exporte, die wiederum von der Belebung der Weltwirtschaft und der Schwäche des Yen profitieren. Vor allem die Ausfuhren von Kraftfahrzeugen und Elektronik in die USA und den südost-

Kasten 1

Rohölmarkt bei moderaten Preisen im Gleichgewicht¹

Nach Tiefstständen von unter 30 US-Dollar pro Fass Brent-Öl zu Beginn des Jahres 2016 hat sich der Preis seitdem im Wesentlichen in einem Korridor zwischen 40 und 60 US-Dollar pro Fass bewegt. Im Zuge zunehmender politischer Spannungen im Nahen Osten und der kräftigeren Weltkonjunktur folgt er aber seit den Sommermonaten einem steigenden Trend und überschritt Ende Oktober die Marke von 60 US-Dollar. Dabei ist der Markt trotz der zuletzt im Zuge der wachsenden Weltwirtschaft gestiegenen globalen Nachfrage nach Erdöl weiterhin gut versorgt. Der wesentliche Grund dafür ist die sich auf hohem Niveau befindliche Förderung von US-Schieferöl, durch die sich die Gesamtförderung von Rohöl in den USA historischen Höchstständen nähert. Begünstigt durch Effizienzgewinne im Schieferölsektor ist dessen Förderung offenbar auch bei den aktuell moderaten Ölpreisen attraktiv.

Die US-Schieferölförderung stellt aufgrund ihrer im Vergleich zur konventionellen Fördertechnologie hohen Flexibilität weiterhin eine Komponente des globalen Angebots dar, die neben den strategischen Produzenten der OPEC kurzfristig auf Preisänderungen reagieren kann. Dadurch wird die Marktmacht der OPEC merklich eingeschränkt.²

Um einzuschätzen, welche Preiseffekte weitere Effizienzsteigerungen im Schieferölsektor haben können, werden mithilfe des OILMOD-E-Modells³ des DIW Berlin Szenarien

¹ Vgl. für eine ausführlichere Analyse Aleksandar Zaklan, Dawud Ansari und Claudia Kemfert (2017): Rohöl: Marktdaten und Simulationen deuten auf stabiles Gleichgewicht hin. DIW Wochenbericht Nr. 48, 1098 – 1104 (online verfügbar).

² Vgl. Aleksandar Zaklan und Claudia Kemfert (2016): Rohölmarkt: US-amerikanisches Schieferöl schwächt Marktmacht der OPEC. DIW Wochenbericht Nr. 19, 429-433 (online verfügbar).

³ Vgl. Zaklan, Ansari und Kemfert (2017), a. a. O. Vgl. auch Dawud Ansari (2017): OPEC, Saudi Arabia, and the Shale Revolution: Insights

asiatischen Raum konnten deutlich zulegen. Während die Investitionen der Unternehmen leicht höher ausfallen, haben die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben nicht ausgeweitet. Verantwortlich dafür waren in erster Linie geringe Lohnsteigerungen. Trotz diverser Konjunkturpakete und sehr lockerer Geldpolitik der vergangenen Jahre hat sich bisher kein nachhaltiger Inflationsdruck aufgebaut.

Bei einer kräftigen Auslandskonjunktur dürften sich die Exporte weiter positiv entwickeln. Dabei werden die Arbeitskräfte aber immer knapper, weil die Bevölkerung

kurzfristiger Marktentwicklungen simuliert. OILMOD-E ist ein numerisches partielles Gleichgewichtsmodell, welches Fördermengen, Verbrauch und Marktpreise als Ergebnis der oligopolistischen Interaktion der Produzenten ermittelt.⁴ Die Szenarien untersuchen unter anderem den möglichen Preiseffekt einer weiteren Expansion der US-Schieferölindustrie. Es wird ein vierteljährlicher Preiskorridor zwischen dem 1. Quartal 2018 und dem 4. Quartal 2019 simuliert, der sich durch eine gleichzeitige Kostensenkung und Kapazitätserweiterung der US-Schieferölförderung von bis zu 20 Prozent ergibt (Abbildung).

Ohne eine weitere Expansion des US-Schieferölsektors ergibt sich aus den Simulationen ein Pfad, der einen leichten Rückgang der Ölpreise – um etwa fünf US-Dollar – anzeigt. Der Verlauf deckt sich damit weitgehend mit der für diese Prognose angenommenen Ölpreisentwicklung, die aus Futures-Kursen abgeleitet wird.

Eine Ausdehnung der Schieferölförderung würde dagegen niedrigere Ölpreise nach sich ziehen. Jedoch ist selbst bei einer starken Expansion der Schieferölförderung mit nur geringen Preiseffekten zu rechnen, da die OPEC ihre Fördermengen zurückschrauben dürfte, um den Preis zu stabilisieren („strategische Kompensation“). Eine solche Produktionszurückhaltung wurde bereits im Jahre 2017 weitgehend umgesetzt und soll auch im Jahre 2018 fortgeführt werden.⁵ Wenn es der OPEC indes nicht gelänge, eine solche Produktionszurückhaltung durchzusetzen, wäre mit einem stärkeren Rückgang der Ölpreise in Richtung der 40-Dollar-Marke zu rechnen.⁶

Das aktuelle Marktgleichgewicht ist damit recht stabil. Jedoch berücksichtigen die simulierten Preispfade mögliche Verhaltens-effekte auf den Märkten nicht – etwa Spekulation oder Angst-

from Equilibrium Modelling and Oil Politics. Energy Policy 111, 166–178.

4 Weitere Informationen zu den Energiemarktmodellen am DIW Berlin werden auf der Homepage des DIW Berlin bereitgestellt (online verfügbar).

5 Vgl. OPEC (2017): OPEC 173rd Meeting Concludes (online verfügbar).

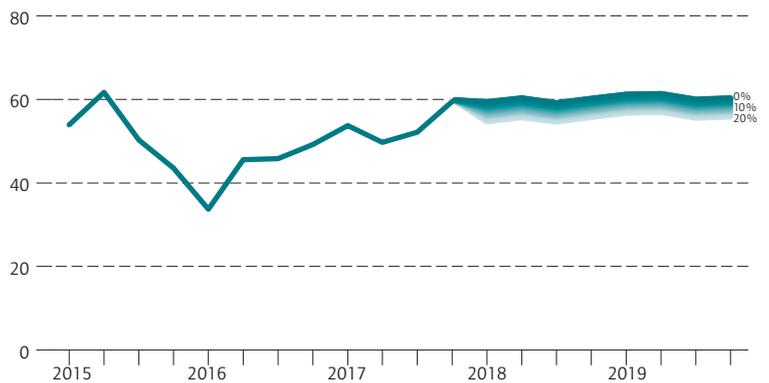
6 Vgl. Zaklan, Ansari und Kemfert (2017), a. a. O.

im erwerbsfähigen Alter schrumpft. Dies dürfte stärkere Lohnerhöhungen nach sich ziehen, die den Konsum stützen. Die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer, die inzwischen auf Herbst 2019 verschoben ist, dürfte aber zum Ende des Prognosezeitraums die Expansion bremsen. Die Investitionen werden anziehen, um durch die weitere Automatisierung der Produktion die Produktivität zu steigern und dem zunehmenden Kostendruck zu begegnen. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,5 Prozent steigen, im kommenden und übernächsten Jahr werden es wohl jeweils 1,2 Prozent sein.

Abbildung

Ölpreisentwicklung bis 4. Quartal 2019 im Fall einer US-Schieferölexpansion

Mit Angebotsanpassung der OPEC, in US-Dollar pro Fass



Anmerkungen: Bis zum vierten Quartal 2017 sind beobachtete Marktpreise dargestellt, ab dem ersten Quartal 2018 modellierte Preise. Die Prozentzahlen geben den Grad der Schieferölexpansion an. Zehn Prozent bedeuten zum Beispiel, dass die Förderkosten des US-Schieferöls um zehn Prozent sinken und die Förderung gleichzeitig um zehn Prozent ausgeweitet wird.

U.S. Energy Administration; eigene Berechnungen mit OILMOD-E.

© DIW Berlin 2017

Eine Ausweitung der US-Schieferölproduktion dürfte nur zu moderaten Preissenkungen führen.

käufe –, wie beispielsweise beim jüngsten Preisanstieg Anfang November im Zuge zunehmender politischer Unsicherheit in Saudi-Arabien zu beobachten war. Solche spekulativen Käufe können erhebliche Auswirkungen auf die Spotpreise von Rohöl haben. Insgesamt ist im Prognosezeitraum mit moderaten Rohölpreisen zu rechnen.

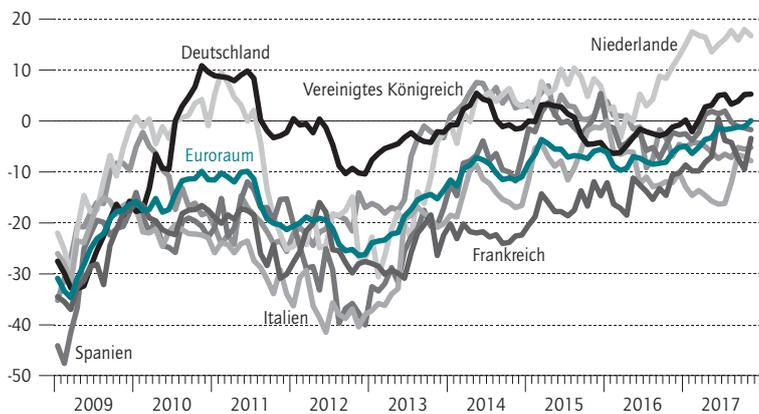
China: Abbau von Überkapazitäten bremst Expansion

In China hat sich die Produktion im dritten Quartal um 1,7 Prozent erhöht, nach 1,8 Prozent im Vorquartal. Im Zuge höherer Lohnabschlüsse konnte insbesondere der Verbrauch der privaten Haushalte zulegen. Auch der öffentliche Verbrauch wurde kräftig ausgeweitet. Der höhere Kostendruck und die bestehenden Überkapazitäten bremsten die Investitionen in Maschinen. Infolge sinkender Exporte und steigender Importe verschlechterte sich der Außenbeitrag zuletzt.

Abbildung 2

Konsumentenzuversicht in Europa

Index, Abweichung vom langfristigen Durchschnitt



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2017

Die Zuversicht der VerbraucherInnen im Euroraum trägt maßgeblich zum Aufschwung bei.

Im Prognosezeitraum dürfte sich die Expansion abschwächen. Dies signalisieren für die nähere Zukunft etwa die Einkaufsmanagerindizes der unterschiedlichen Sektoren. Zwar profitieren die Dienstleister von der Transformation zu einem konsumbasierten Wachstumsmodell. Im verarbeitenden Gewerbe dürfte der Abbau der Überkapazitäten bei hochverschuldeten und unproduktiven Staatsunternehmen aber weiter gehen und insgesamt das Wachstum reduzieren. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr wohl um 6,8 Prozent wachsen, im kommenden und übernächsten Jahr dürften es jeweils 6,5 Prozent sein.

Euroraum: Flächendeckender Aufschwung

Im Euroraum wuchs das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 0,6 Prozent und somit ähnlich kräftig wie im ersten Halbjahr. Erneut dürften die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt sowie günstige Finanzierungsbedingungen die Binnennachfrage gesteigert haben. Sowohl der private Verbrauch als auch die Investitionen haben die Konjunktur gestützt.

In den kommenden Quartalen dürfte der private Verbrauch im Zuge des anhaltenden Beschäftigungsaufbaus den Aufschwung tragen. Hierauf deutet eine weiterhin hohe Konsumentenzuversicht in den größeren Mitgliedsstaaten hin (Abbildung 2). Die Nominallohne werden im Zuge der steigenden Beschäftigung im spä-

teren Prognosezeitraum wohl merklicher zulegen als in den vergangenen Jahren. Bei gleichzeitig nur moderatem Preisanstieg dürften damit auch die real verfügbaren Einkommen steigen. Die weiterhin bestehende Unterauslastung des Kapitalstocks dürfte jedoch die Investitionstätigkeit belasten. In einigen Ländern hat sich das Umfeld allerdings aufgrund politischer Maßnahmen leicht aufgehellt. So wurde etwa in Frankreich eine auf Investitionsförderung ausgelegte Steuerreform verabschiedet, die zu Beginn des kommenden Jahres in Kraft treten wird. Auch in den Niederlanden sieht die Koalitionsvereinbarung der neuen Regierung investitionsfördernde Maßnahmen vor. Die Entwicklung der Weltwirtschaft stützt die Exporte weiterhin, obwohl der gestiegene Außenwert des Euro die Nachfrage nach europäischen Waren und Dienstleistungen etwas dämpft.

Die Inflationsrate bleibt weiterhin niedrig, auch wenn die Ankündigung der Europäischen Zentralbank im Oktober expansiv war und den Preisauftrieb etwas verstärken dürfte (Kasten 2). Trotz der auch im weiteren Verlauf insgesamt expansiven Ausrichtung der Geldpolitik – unterstellt ist eine Rückführung der Nettoankäufe im kommenden Jahr sowie eine erste moderate Zinserhöhung im zweiten Quartal 2019 – dürfte die Inflationsrate im Prognosezeitraum unter der seitens der EZB angestrebten Rate von knapp zwei Prozent liegen.¹ Hierzu tragen die in Folge der Euro-Aufwertung zunächst schwache Entwicklung der Einfuhrpreise sowie die weiterhin moderate Entwicklung der Löhne bei. Jedoch dürften eine steigende Auslastung der Kapazitäten und eine leicht anziehende Lohndynamik den Preisauftrieb gegen Ende des Prognosezeitraums etwas erhöhen.

Für das Jahr 2017 ist ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 2,4 Prozent zu erwarten. Im Jahr 2018 dürfte die Wirtschaft um 2,1 Prozent und im Jahr 2019 um 1,7 Prozent wachsen.

Vereinigtes Königreich: Steigende Preise und moderate Lohnentwicklung bremsen privaten Konsum

Im Vereinigten Königreich wuchs das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 0,4 Prozent und damit in ähnlichem Tempo wie in der ersten Jahreshälfte. Zwar legte der private Verbrauch kräftiger als zu Jahresbeginn

¹ Zu den konjunkturellen Auswirkungen unterschiedlicher Ausstiegspfade vergleiche Marius Clemens, Stefan Gebauer und Malte Rieth (2017): Frühzeitiger Ausstieg der EZB aus dem Anleihekaufprogramm dürfte Wachstum und Inflation bremsen. DIW Wochenbericht 49, 1136-1143 (online verfügbar, abgerufen am 7. Dezember 2017). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

Kasten 2

Analyse der EZB-Entscheidung vom Oktober im Rahmen eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells

Die Europäische Zentralbank hat am 26. Oktober 2017 angekündigt, den Ankauf von Vermögenswerten von derzeit 60 Milliarden Euro pro Monat ab Januar 2018 auf 30 Milliarden Euro zu halbieren. Obwohl eine Reduktion der Ankäufe im Vorfeld der Sitzung erwartet worden war, lassen die Reaktionen der Finanzmärkte darauf schließen, dass die Märkte eine noch stärkere Rücknahme des Expansionsgrads erwartet hatten: In direkter Reaktion auf die Ankündigung fielen die durchschnittlichen Renditen auf Staatsanleihen im Euroraum mit einer Laufzeit von zehn Jahren um rund sieben Basispunkte und der Euro verbilligte sich gegenüber dem Dollar um rund zwei Eurocent. Vor allem scheinen die Finanzmärkte im Vorfeld der Sitzung von konkreteren Aussagen bezüglich der Dauer der Reinvestitionsphase nach Beendigung der Ankaufphase ausgegangen zu sein. Die Tatsache, dass die EZB diesen Punkt vorerst offen gelassen hat, wurde offensichtlich als expansiver Politikimpuls gewertet.

Die konjunkturellen Wirkungen dieses Impulses werden hier anhand eines für den Euroraum kalibrierten dynamischen stochastischen allgemeinen Gleichgewichtsmodells abgeschätzt. Ein solches Modell berücksichtigt die Erwartungsbildung der Wirtschaftsakteure und erlaubt damit eine Quantifizierung, wie sich Ankündigungen zur zukünftigen EZB-Geldpolitik auswirken.¹ Konkret wird hier simuliert, welche gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen eine Veränderung der Erwartungen hinsichtlich des Ausstiegskurses aus dem Anleihekaufprogramm hat, die konsistent mit einem Rückgang der durchschnittlichen Renditen zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum um sieben Basispunkte im Moment der geldpolitischen Ankündigung ist.

Die Simulation ergibt, dass die langfristigen Zinsen – nach dem unmittelbaren Rückgang um sieben Basispunkte im laufenden Quartal – auch in den kommenden Jahren niedriger bleiben, als sich bei dem von den Märkten ursprünglich erwarteten Ausstiegspfad ergeben hätte (Abbildung). Dies spiegelt wider, dass die Märkte jetzt eine längere und langsamere Rückführung des Anleihebestands der Europäischen Zentralbank für wahrscheinlich halten als vor der Oktober-Sitzung.

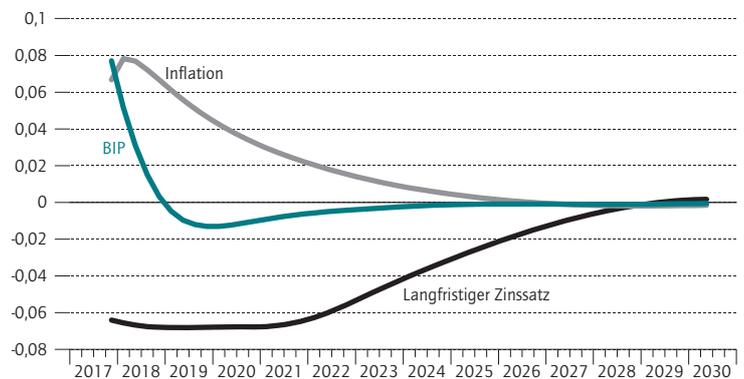
Im Umfeld niedrigerer Zinsen expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt bereits im vierten Quartal des laufenden Jahres um 0,08 Prozentpunkte kräftiger als ohne den expansiven Impuls. Auch die Inflationsrate liegt um 0,07 Prozentpunkte über dem Wert, den sie erreicht hätte, wenn die Märkte von der EZB-Ankündigung nicht positiv überrascht worden wären. Die höhere

¹ Siehe Marius Clemens, Stefan Gebauer und Malte Rieth (2017): Frühzeitiger Ausstieg der EZB aus dem Anleihekaufprogramm dürfte Wachstum und Inflation bremsen. DIW Wochenbericht 49, 1136–1143 (online verfügbar).

Abbildung

Makroökonomische Reaktion auf die EZB-Entscheidung im Oktober in der Simulation

Abweichung zum Basisszenario in Prozentpunkten, nach Quartalen



Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Inflation und Wachstum steigen im Zuge der geldpolitischen Entscheidung, die Zinsen bleiben langfristig niedrig.

Preisdynamik wirkt allerdings konjunktureldämpfend, so dass sich der positive Effekt auf das Wachstum nur etwa ein Jahr hält und das Expansionstempo danach sogar leicht schwächer ausfällt als ohne den durch die Oktober-Sitzung der Europäischen Zentralbank gesetzten positiven Impuls.

Alles in allem dürfte das jahresdurchschnittliche Wachstum des Euroraums in den Jahren 2018 und 2019 um jeweils knapp einem Zehntel-Prozentpunkt höher liegen als bei dem ursprünglich erwarteten Ausstiegspfad. Die Inflationsrate wird durch den expansiven Impuls in diesen Jahren jeweils um einen Viertel-Prozentpunkt angehoben.

zu,² und auch vom Wohnungsbau und den Unternehmensinvestitionen gingen stärkere Impulse aus. Allerdings war der Außenhandelsbeitrag aufgrund merklich gestiegener Einfuhren von Waren und Dienstleistungen negativ.

Insgesamt präsentiert sich der Arbeitsmarkt weiterhin robust. So dürfte sich der Beschäftigungsaufbau in den kommenden Quartalen – wenn auch weniger stark als zuletzt – fortsetzen, und die Arbeitslosenquote im Prognosezeitraum nur leicht über ihrem derzeit niedrigsten Niveau seit 1975 liegen. Die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt schlägt sich jedoch nur bedingt in steigenden Löhnen nieder, da vorwiegend Beschäftigung im Niedriglohnsektor aufgebaut wird und eine anhaltend schwache Produktivität die Lohnentwicklung dämpft. In den kommenden Monaten dürfte daher ein anhaltend kräftiger Anstieg der Konsumentenpreise bei gleichzeitig moderaten Nominallohnzuwächsen den privaten Konsum bremsen.

Auch die Investitionen werden aufgrund einer leicht restriktiveren Geldpolitik und der anhaltend hohen Unsicherheit mit Blick auf den Verlauf der Brexit-Verhandlungen kaum zum Wachstum beitragen, obwohl hier unterstellt wird, dass es zu keinen disruptiven Veränderungen des Verhältnisses zwischen Europäischer Union und Großbritannien kommt. Es wird also angenommen, dass entweder der Austrittsprozess abgebrochen wird oder ein Anschlussvertrag vereinbart wird, der insbesondere den handels- und investitionspolitischen Status quo weitgehend erhält, wofür auch die seit Anfang Dezember beobachtbare Annäherung zwischen der EU und der britischen Regierung spricht. Lediglich vom Außenhandel sind – begünstigt durch die anhaltende Erholung im Euroraum und den weiterhin geringen Außenwert des Pfund – positive Impulse zu erwarten. Im späteren Prognosezeitraum dürften vor allem ein allmählicher Rückgang der politischen Unsicherheit sowie ein geringerer Preisauftrieb den privaten Verbrauch und die Investitionstätigkeit wieder beleben.

Die britische Wirtschaft dürfte im laufenden Jahr um 1,5 Prozent expandieren. Im kommenden Jahr ist mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,4 zu rechnen, für 2019 wird ein Wachstum von 1,5 Prozent erwartet.

Mittel- und Osteuropa: Dynamischer Aufschwung hält an

In Mittel- und Osteuropa hat sich die dynamische Entwicklung der Volkswirtschaften im dritten Quartal

beschleunigt. Haupttreiber war in den meisten Ländern der private Konsum. Dieser wurde unter anderem in Rumänien durch Steuererleichterungen zusätzlich angeheizt, sodass im dritten Quartal 2017 die Wachstumsrate des rumänischen Bruttoinlandsprodukts um 2,6 Prozent – der höchsten Rate in der EU – stieg. Im weiteren Verlauf werden die Sondereffekte ausklingen.

Der Konsum dürfte aber der Haupttreiber bleiben: Die wirtschaftliche Belebung in der Region geht einher mit einer deutlich und kontinuierlich sinkenden Arbeitslosenquote. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich zuletzt in Rumänien deutlich beschleunigt, blieb aber noch im Zielkorridor. Anderenorts stieg die Inflationsrate moderat. Dementsprechend haben die Zentralbanken ihre Zinssätze beibehalten; nur in Tschechien, wo die Inflation im oberen Teil des Korridors liegt, wurde der Leitzins leicht angehoben. Die Investitionsbedingungen bleiben in der Region vorerst günstig. Mit Anlaufen der neuen Förderperiode werden die Länder voraussichtlich wieder höhere Mittel aus den EU-Investitionsfonds abrufen. Insgesamt dürften die Investitionen etwas an Fahrt gewinnen. In dieses Bild passt, dass in Tschechien und Polen der Einkaufsmanagerindex weiter über der Expansionsschwelle liegt und in Tschechien sogar zuletzt deutlich zulegte.

Die Exporte profitieren von der wachsenden Auslandsnachfrage; dämpfend wirkt in Tschechien jedoch die merkliche Aufwertung der Krone gegenüber dem Euro. Aufgrund der anziehenden Inlandsnachfrage dürften die Importe zulegen. Insgesamt dürfte das Wachstum in Mittel- und Osteuropa nach der mit 4,6 Prozent äußerst dynamischen Entwicklung in diesem Jahr in den beiden Folgejahren bei 3,5 beziehungsweise 3,3 Prozent liegen.

Russland: Aufschwung gerät etwas ins Stocken

In Russland ist das Bruttoinlandsprodukt in den ersten drei Quartalen 2017 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,6 Prozent gewachsen. Der private Konsum und die Investitionen dürften wohl etwas zugelegt haben. Die Importe haben nach einer bereits im zweiten Quartal nominal starken Steigerung auch im dritten Quartal stärker als die Exporte zugenommen. Der Anstieg der Industrieproduktion hat sich verlangsamt. Im weiteren Verlauf dürfte die Konsumtätigkeit angesichts der rückläufigen Preissteigerungsrate und sinkender Arbeitslosenquote stützend wirken. Hierfür spricht auch, dass sich das Konsumentenvertrauen im dritten Quartal verbessert hat.

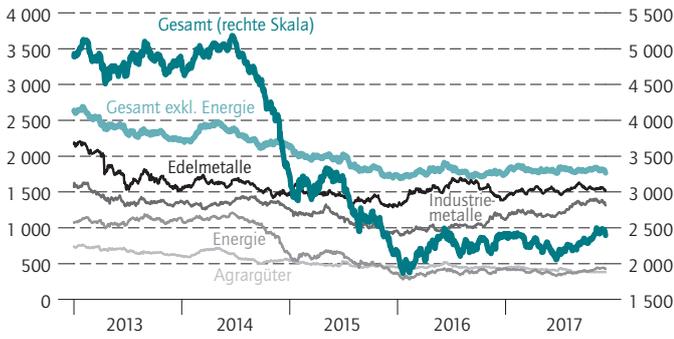
Die russische Zentralbank hat den Leitzins Ende Oktober erneut leicht gesenkt und damit der rückläufigen Preissteigerung Rechnung getragen. Die Investitionen

² Hierfür dürften jedoch unter anderem Nachholeffekte bei Kfz-Käufen verantwortlich gewesen sein, nachdem diese im zweiten Quartal aufgrund einer Erhöhung der Kfz-Steuer im April spürbar rückläufig gewesen waren.

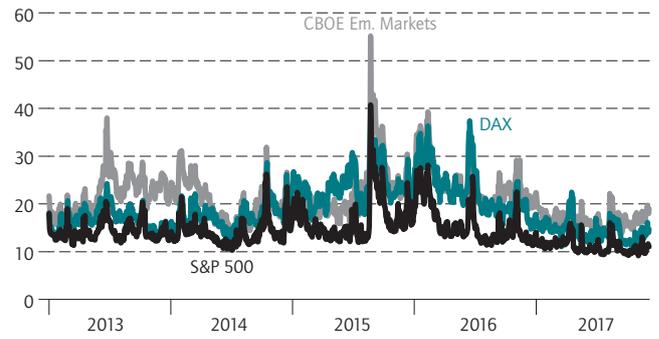
Abbildung 3

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld

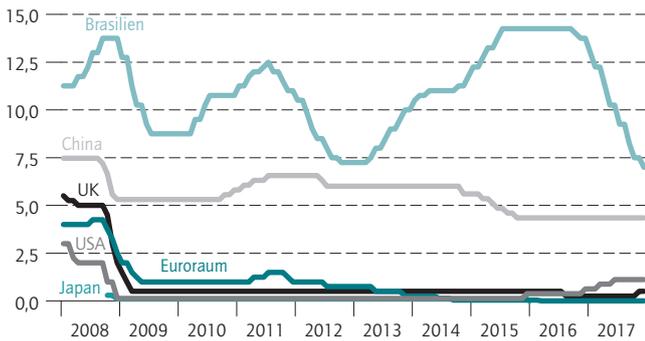
1. S&P Goldman Sachs Commodity Index
Total return, US-Dollar



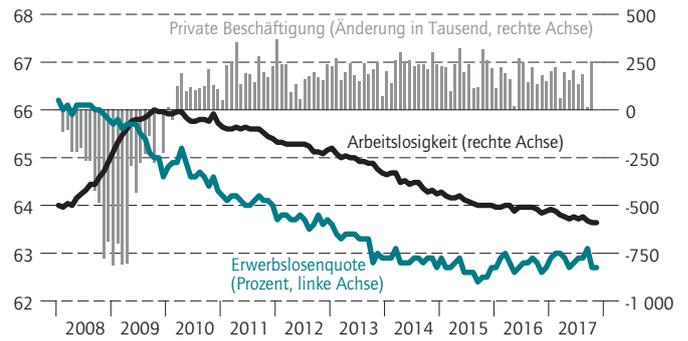
2. Implizite Volatilität
Indexpreis



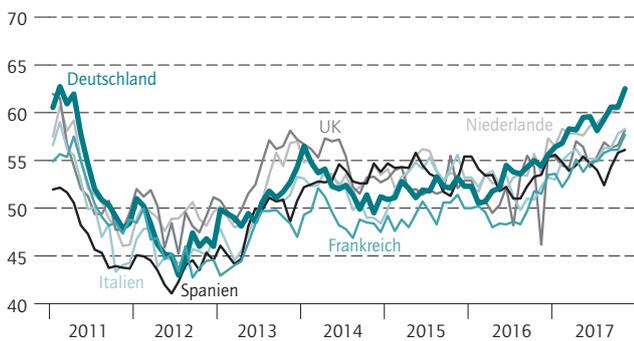
3. Leitzinsen
In Prozent



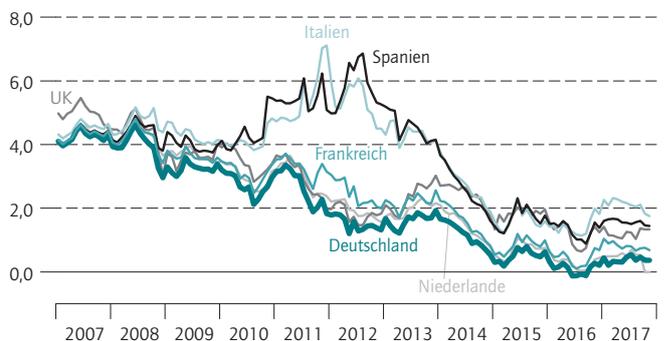
4. USA: Arbeitsmarktsituation
Monats-/Quartalsdaten, saisonbereinigt



5. Einkaufsmanagerindizes in Europa
Punkte, verarbeitendes Gewerbe



6. Zehnjahresrenditen-Staatsanleihen Europa
In Prozent



Quellen: Bloomberg und Bureau of Labor Statistics. Letzte Beobachtung: 6. Dezember (Abbildungen 1 und 2), Dezember (Abbildung 3), November (Abbildungen 4 bis 6).

dürften allmählich zunehmen. Eine weiterhin moderate Gangart legen die Vorlaufindikatoren nahe: So liegen die Einkaufsmanagerindizes im verarbeitenden Gewerbe und für Dienstleistungen zwar über der Expansionsschwelle, sind aber zuletzt gefallen. Der gestiegene

Ölpreis trägt zur Erholung der russischen Wirtschaft bei. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahre 2017 um 1,9 Prozent steigen, in den Folgejahren dann um 1,6 beziehungsweise 1,7 Prozent zulegen.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Dawud Ansari ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | dansari@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Martin Bruns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mbruns@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin | cdreger@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Abteilungen Konjunkturpolitik und Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Aleksandar Zaklan ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | azaklan@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 50/2017:

www.diw.de/econbull



Deutsche Wirtschaft: Aufschwung hat an Breite gewonnen, wird aber an Fahrt verlieren

Von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Die deutsche Konjunktur läuft weiter rund und seit Jahresbeginn sogar noch mit einem etwas höheren Tempo. Nach wie vor kurbelt der kräftige Beschäftigungsaufbau den Konsum an. Hinzu kommt nun, dass die Unternehmen wieder spürbar mehr in Maschinen und Anlagen investieren. Viele globale Risiken, die die Ausgabebereitschaft in Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern zuvor gedämpft hatten, sind weggefallen. Und auch im Euroraum festigt sich der Aufschwung. Von alledem profitiert besonders die deutsche Exportindustrie. Deshalb hebt das DIW Berlin seine Wachstumsprognose für die deutsche Wirtschaftsleistung an und erwartet nun für dieses Jahr ein Plus von 2,2 Prozent. Obwohl sich die Dynamik im weiteren Verlauf abschwächen wird, ergibt sich auch für 2018 ein jahresdurchschnittliches Wachstum in dieser Größenordnung. Alles in allem befindet sich die Wirtschaft in einer Hochkonjunktur, ohne dass eine Überhitzung drohen würde – dagegen spricht die verhaltene Lohn- und Preisdynamik.

Die deutsche Wirtschaft ist im vierten Jahr eines Aufschwungs. Zu Jahresbeginn hat dieser noch einmal Fahrt aufgenommen und das hohe Tempo seitdem in etwa gehalten. Deshalb dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr mit 2,2 Prozent deutlich stärker zunehmen als bisher erwartet. Obwohl die Quartalszuwächse im weiteren Verlauf etwas nachlassen werden (Tabelle 1), ist auch für das kommende Jahr ein jahresdurchschnittliches Wachstum in dieser Größenordnung zu erwarten (Abbildung 1).

Derzeit befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer Hochkonjunktur: Die Produktionslücke liegt in diesem Jahr bei gut einem halben Prozent und weitet sich im kommenden Jahr auf gut ein Prozent. Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten bleiben damit gut ausgelastet. Umfragen zufolge sind die Industrie und insbesondere die Bauwirtschaft aktuell jeweils stärker ausgelastet als im langjährigen Durchschnitt, Stimmungsindikatoren haben über alle Bereiche hinweg historisch hohe Niveaus erreicht.

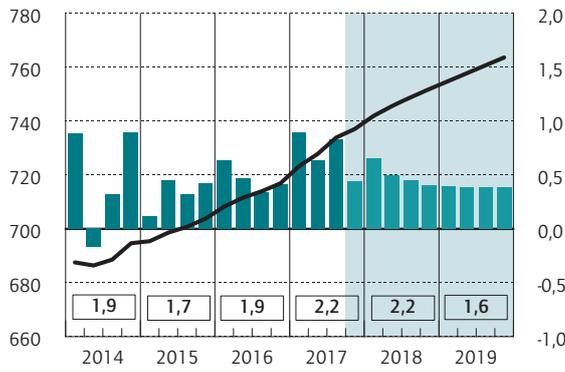
Eine Überhitzung der deutschen Wirtschaft droht nach Einschätzung des DIW Berlin jedoch nicht: Die Lohnzuwächse bleiben im Rahmen der Inflations- und Produktivitätsentwicklung und die Inflation wird wohl auch in den kommenden beiden Jahren die Zwei-Prozent-Marke nicht überspringen (Tabelle 2). Eine Abschwächung der Dynamik im Jahr 2018 zeigt sich auch darin, dass das um die feiertagsbedingt schwankende Zahl an Arbeitstagen bereinigte Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr bei 2,5 Prozent und im kommenden bei 2,3 Prozent liegt – also bereits etwas niedriger. Im darauffolgenden Jahr fällt das Wachstum der deutschen Wirtschaft mit 1,6 Prozent dann deutlich geringer aus und die Produktionslücke wird sich zurückbilden.

Der Aufschwung hat deutlich an Breite gewonnen: Wurde er bislang vor allem durch den privaten und öffentlichen Konsum befeuert, ziehen seit Jahresbeginn, auch infolge kräftiger Exporte, zudem die Unternehmensinvestitionen an.

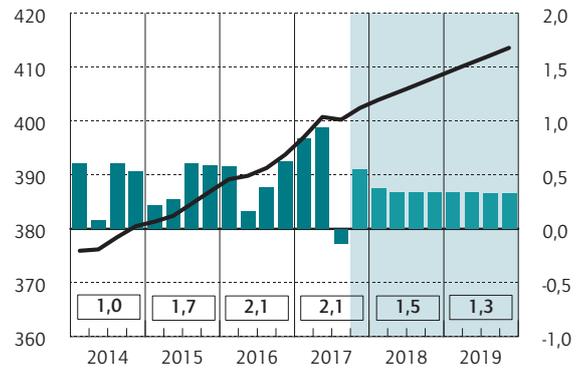
Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

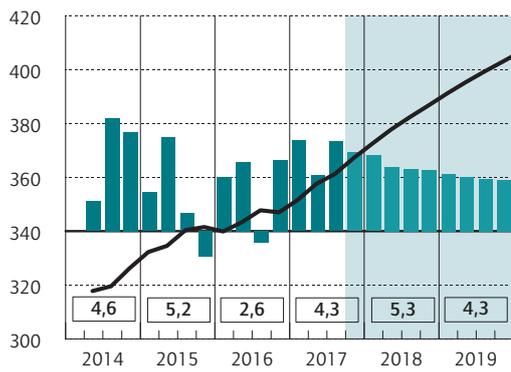
Bruttoinlandsprodukt



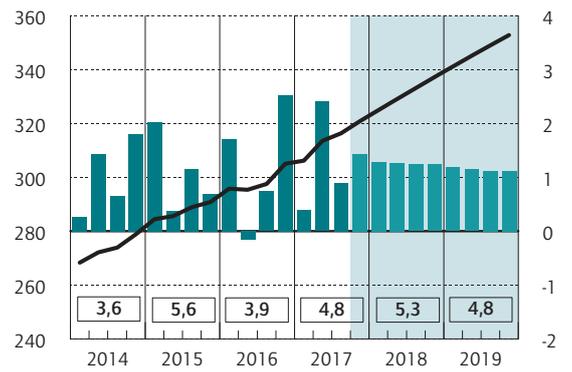
Konsumausgaben der privaten Haushalte



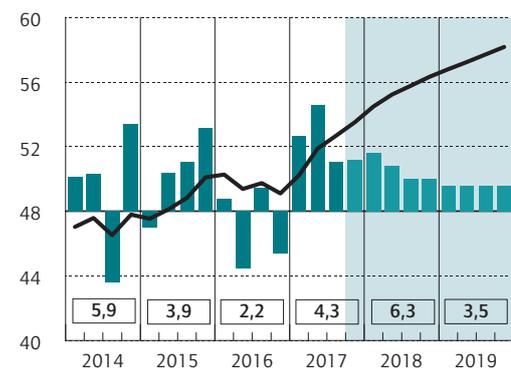
Exporte



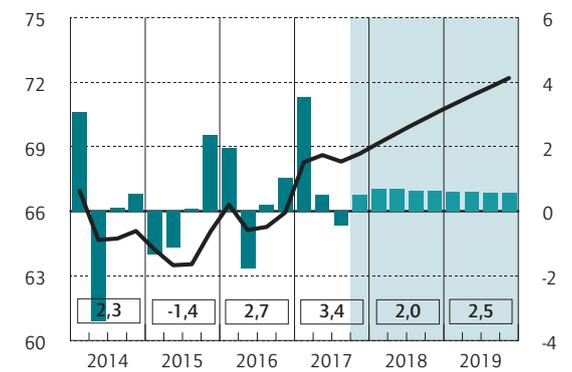
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 □ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2017, Prognose ab dem vierten Quartal 2017.

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2017				2018				2019			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,8	0,9	-0,1	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,2	0,2	0,0	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	-0,1	0,0	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	2,9	1,5	0,4	0,9	1,1	1,0	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Ausrüstungen	2,3	3,3	1,5	1,6	1,8	1,4	1,0	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8
Bauten	3,5	0,5	-0,4	0,5	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Sonstige Investitionen	2,0	0,9	0,6	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Lagerveränderung ¹	-0,8	0,2	0,4	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,3	1,2	0,4	0,3	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	0,6	-0,4	0,4	0,1	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	1,7	1,0	1,7	1,5	1,4	1,2	1,1	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0
Import	0,4	2,4	0,9	1,4	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1
Bruttoinlandsprodukt	0,9	0,6	0,8	0,4	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

¹ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2017, Prognose ab dem viertem Quartal 2017.

© DIW Berlin 2017

Angesichts etwas höherer Preissteigerungen als zuvor und weniger stark zunehmender nominaler Einkommen wird der private Verbrauch das Wachstumstempo der vergangenen Jahre allerdings nicht ganz halten können. Weil die Beschäftigung steigt – in diesem Jahr um voraussichtlich 650 000 Personen, im nächsten um 400 000

und im übernächsten Jahr um 300 000 Personen – und die Löhne angesichts zunehmender Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt wohl anziehen werden, bleibt der private Konsum dennoch eine Wachstumsstütze. Die Arbeitslosenquote sinkt von 5,7 Prozent in diesem Jahr auf 5,2 Prozent im Jahr 2019.

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,9	1,7	1,9	2,2	2,2	1,6
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	42 672	43 069	43 638	44 289	44 702	44 989
Erwerbslose, ILO	2 092	1 949	1 775	1 616	1 517	1 402
Arbeitslose, BA	2 898	2 795	2 691	2 535	2 453	2 338
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,0	4,6	4,1	3,8	3,5	3,2
Arbeitslosenquote, BA ²	6,7	6,4	6,1	5,7	5,5	5,2
Verbraucherpreise ³	0,9	0,2	0,5	1,7	1,7	1,7
Lohnstückkosten ⁴	1,4	1,8	1,6	1,7	1,5	2,1
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	9,5	19,4	25,7	47,4	46,0	54,1
in Prozent des BIP	0,3	0,6	0,8	1,5	1,4	1,5
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,4	8,5	8,2	7,9	8,1	8,1

¹ In Preisen des Vorjahres² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).³ Verbraucherpreisindex.⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Wintergrundlinien 2017, Prognose ab 2017.

© DIW Berlin 2017

Kasten 1

Prognosemodelle

Um eine modellbasierte Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung am aktuellen Rand für jede Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zu erstellen, sollte möglichst vielen relevanten Einflussfaktoren Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund übersteigt in der Praxis die Zahl der vorliegenden Indikatorvariablen für die jeweilige Verwendungskomponente bei weitem die Anzahl der Variablen, die aus statistischen Gründen in traditionelle Eingleichungsmodelle aufgenommen werden können. Die Prognosen des DIW Berlin beruhen deshalb auf den Vorhersagen aus zwei Modellklassen, die durch die Möglichkeit zur Aufnahme einer hohen Anzahl erklärender Variablen charakterisiert sind. Einerseits kommen Faktormodelle zur Prognose der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts zur Anwendung. Andererseits werden die Verwendungskomponenten mit sogenannten Model-Averaging-Ansätzen prognostiziert.¹

Für das Bruttoinlandsprodukt signalisieren die Schätzmodelle für das laufende Vierteljahr einen kräftigen Zuwachs (Abbildung links oben) – auch aufgrund der euphorischen Unternehmensstimmung. Allerdings haben Sonderschichten in der Automobilindustrie im August und September den Quartalsvergleich verzerrt: Das dritte Vierteljahr dürfte überzeichnet gewesen sein, im Vergleich dazu fällt der Anstieg im Schlussquartal wohl schwächer aus.² Dafür spricht auch, dass die Industrieproduktion zum Quartalsauftakt deutlich unter dem Niveau des Vorquartals lag. Ein Ende der kräftigen Zuwächse dürfte dies mit Blick auf die prall gefüllten Auftragsbücher im verarbeitenden Gewerbe aber nicht sein.

Für den privaten Verbrauch zeichnet sich ein kräftiges Plus ab (Abbildung rechts oben). Die Einzelhandelsumsätze lagen allerdings zum Quartalsauftakt – neuere Zahlen liegen noch nicht vor – ein Prozent, also recht deutlich, niedriger als im Durchschnitt des dritten Vierteljahrs.

Im Außenhandel zeichnet sich für das laufende Quartal erneut eine merkliche Expansion ab, wobei die Zuwächse der Ausfuhren wohl höher ausfallen dürften als die der Einfuhren (Abbildungen Mitte). Damit wird der Außenhandel zum Jahresende erneut einen spürbaren Impuls zur deutschen Wirtschaftsleistung liefern.

Die Lage der exportierenden Unternehmen stellt sich zurzeit günstig dar: So spiegelt sich die robuste Weltkonjunktur in seit Ende des Jahres steigenden Auftragseingängen im verarbeiten-

den Gewerbe (ohne Großaufträge) wider. Dazu passend stieg der ifo-Index des Auftragsbestands exportierender Unternehmen im Durchschnitt der Monate Oktober und November gegenüber dem Vorquartal deutlich an. Zwar war die preisbereinigte Warenausfuhr in Abgrenzung des Spezialhandels zuletzt leicht rückläufig und auch die Produktion von Investitionsgütern, die einen hohen Exportgehalt aufweisen, hat sich abgeschwächt. Zusammengenommen dürften die Ausfuhren aber nur geringfügig schwächer als im dritten Quartal dieses Jahres ausgeweitet werden, auch weil der dämpfende Effekt der Euro-Aufwertung wohl zunehmend ausläuft.

Die Einfuhren dürften, vor allem getragen von der positiven Grunddynamik der Binnenwirtschaft, im laufenden Vierteljahr im Vergleich zum Vorquartal wieder an Schwung gewinnen. Dafür spricht auch, dass die preisbereinigte Wareneinfuhr in der Abgrenzung des Spezialhandels zu Quartalsbeginn zwar ein niedriges Niveau aufwies, im Oktober jedoch spürbar zulegte.

Die Investitionen dürften im Schlussquartal deutlich steigen. Die Inlandsbestellungen von Geräten, Maschinen und Fahrzeugen (ohne Großaufträge) haben zuletzt wieder deutlich zugenommen. Auch ist die Stimmung unter den Investitionsgüterherstellern und im verarbeitenden Gewerbe exzellent. Die Banken rechnen mit einer weiteren Ausweitung der Kreditnachfrage der Unternehmen, was auf eine vermehrte Investitionstätigkeit hindeutet. Alles in allem lassen die Flashschätzungen auf ein erneut starkes Quartal bei den Ausrüstungsinvestitionen schließen (Abbildung links unten).

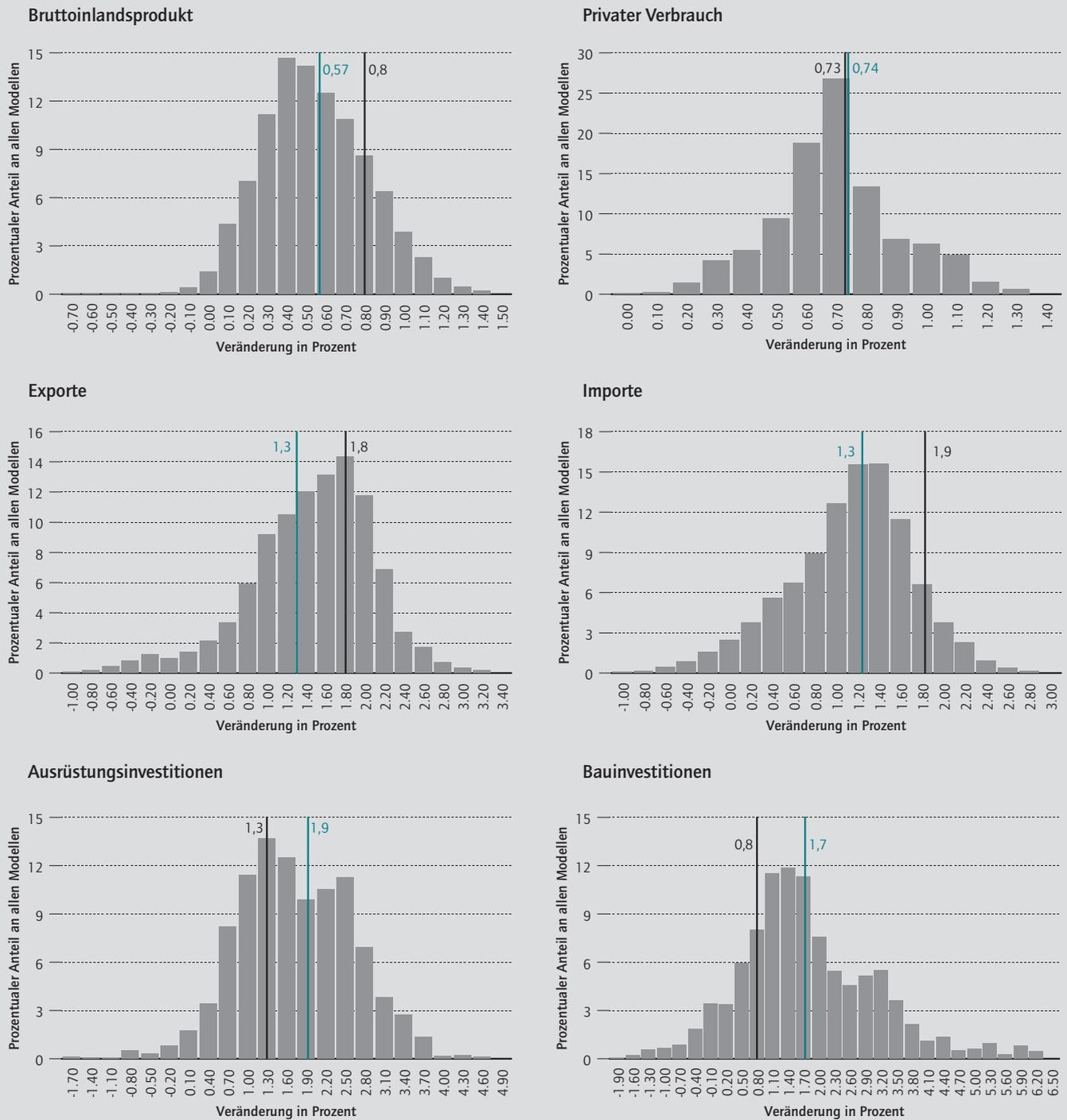
Für die Baukonjunktur zeichnet sich nach den gemächlicheren Sommermonaten wieder eine Belebung ab (Abbildung rechts unten). Dies gilt für den Wohnungsbau und den Wirtschaftsbau. Die Auftragslage ist gut und im Nichtwohnungsbau – insbesondere dem Tiefbau – gingen zuletzt wieder deutlich mehr Bestellungen bei den Unternehmen ein. Bei der Bauproduktion machten sich im Oktober die Brückentage um den Tag der Deutschen Einheit und den Reformationstag negativ bemerkbar. Die Stimmung in den Bauunternehmen trübte sich nach den vorangegangenen Rekordwerten zuletzt etwas ein.

¹ Für eine Erläuterung vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft in Wohlfühlkonjunktur. DIW Wochenbericht Nr. 24, 475–485 (online verfügbar).

² Siehe dazu auch Tabelle 1 in diesem Bericht.

Abbildung

Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer aus beiden Modellklassen



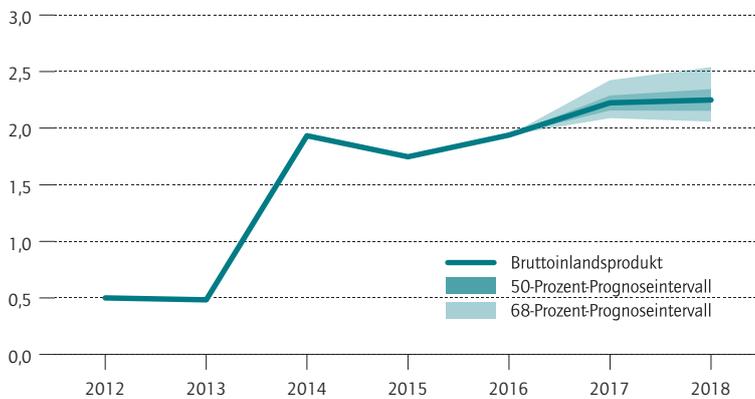
Punktschätzer (mit Prognosegüte gewichteter Durchschnitt aller Modelle) des Model-Averaging Ansatzes

Punktschätzer des Faktormodells

Quelle: DIW Wintergrundlinien 2017.

Abbildung 2

Prognose für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts In Prozent



Anmerkung: Für das Jahr 2019 können noch keine entsprechenden Intervalle berechnet werden, da keine Prognosen in ausreichender Zahl für diesen Horizont vorliegen.

Quelle: DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Im Winterhalbjahr dürfte die Industrie merklich expandieren: Die Auftragsbücher sind voll, auch weil die Weltwirtschaft und insbesondere der Euroraum relativ hohe Wachstumsraten erreichen. Diese gehen einher mit vielerorts anziehenden Investitionen, was wiederum die besonders auf diese Gütergruppe spezialisierte deutsche Exportwirtschaft anregt. Damit liefert der Außenhandel – auch wenn die Importe ebenfalls dynamisch zulegen – rechnerisch durchweg positive, wenn auch nach und nach abnehmende Beiträge zum Wachstum der deutschen Wirtschaft. Der Leistungsbilanzsaldo verharrt im Prognosezeitraum bei etwa acht Prozent.

Die seit Jahresbeginn weltweit kräftigen Investitionen dürften auch damit zusammenhängen, dass sich viele Risiken aufgelöst haben, die zuvor die Ausgabebereitschaft der Unternehmen gedämpft hatten. So haben europakritische Parteien bei den Wahlen in Frankreich und den Niederlanden nicht den befürchteten Zulauf erhalten und die chinesische Wirtschaft entwickelte sich unerwartet robust. Zudem hat sich die fragile Entwicklung im Euroraum gefestigt. Diese aufgehellten Rahmenbedingungen dürften dazu beigetragen haben, dass die Unternehmensinvestitionen auch hierzulande mittlerweile stärker aufwärtsgerichtet sind. Im Einklang mit einer anhaltend kräftigen Auslandsnachfrage dürften die Investitionen diesen Trend im weiteren Verlauf fortsetzen (Kasten 1).

Die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung erfolgt derzeit unter besonderer Unsicherheit: Eine neue Regierung, die ihre Politik nach Abschluss eines Koalitions-

vertrags neu ausrichten wird, ist noch nicht gebildet. Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen beruht in der hier vorgelegten Prognose auf der Status-quo-Annahme, also dem geltenden Rechtsrahmen. Unter dieser Annahme werden die öffentlichen Haushalte im Prognosezeitraum mit hohen Überschüssen abschließen. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird der Überschuss in diesem Jahr bei 1,5 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 1,4 Prozent und im Jahr 2019 bei 1,5 Prozent oder gut 54 Milliarden Euro.¹ Sich daraus ergebende haushaltspolitische Spielräume werden bei anstehenden Koalitionsverhandlungen nicht ungenutzt bleiben: Die Finanzierungssalden werden deutlich niedriger ausfallen, und die konjunkturellen Effekte neuer Maßnahmen könnten erheblich sein. Für drei Szenarien werden diese Effekte anhand von Modellsimulationen berechnet (Kasten 2).

Weitere Risiken für diese Prognose liegen etwa in einem Zulauf europaskeptischer Parteien bei der Wahl in Italien im kommenden Jahr, dem Verlauf der Brexit-Verhandlungen oder den Spannungen zwischen den USA und Nordkorea: All dies könnte die politische Unsicherheit erhöhen und damit insbesondere die Investitionen belasten.

Das DIW Berlin hebt die Prognose für das laufende Jahr im Vergleich zur Herbstprognose um einen Viertel-Prozentpunkt an; diese Aufwärtsrevision resultiert häufig aus einer Anpassung der amtlichen Zahlen einerseits sowie einer unerwartet kräftigen Entwicklung im dritten Quartal und einer nunmehr höher eingeschätzten Dynamik im Schlussquartal andererseits. Das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergebende 68-Prozent-Konfidenzintervall liegt für dieses Jahr zwischen 2,1 und 2,5 Prozent und für das kommende Jahr zwischen 2,1 und 2,6 Prozent (Abbildung 2).

Verbraucherpreise: Inflation bleibt moderat

Die Inflation wird in diesem Jahr deutlich höher ausfallen als im vergangenen, vor allem weil die Energiekosten im jahresdurchschnittlichen Vergleich ölpreisbedingt um drei Prozent gestiegen sind. Im Vorjahr waren sie deutlich gesunken. Aufgrund der jüngsten Ölpreisanstiege liegen die Energiepreise zudem auch im kommenden Jahr im Mittel höher als in diesem; gemäß der auf Finanzmarkterwartungen basierenden, hier zugrunde gelegten Annahme gehen von den Ölpreisen aber im weiteren Verlauf keine nennenswerten Impulse mehr auf die Energiepreise aus (Tabelle 3).² Deswegen dämp-

¹ Vgl. in der vorliegenden Ausgabe Kristina van Deuverden (2017): Hohe Haushaltsüberschüsse nutzen, um Wachstumschancen in der Zukunft zu erhöhen. DIW Wochenbericht Nr. 50, 1183-1192.

² Wird für den Ölpreis alternativ ein im weiteren Verlauf konstanter Anstieg mit einer annualisierten Rate von zwei Prozent unterstellt, ergibt sich für die Inflationsrate des Jahres 2019 eine etwas höhere Prognose von 1,9 Prozent.

fen sie im Jahr 2019 den Preisauftrieb und die Inflation verhartet im Prognosezeitraum bei 1,7 Prozent.³

Die Teuerung ohne Energie, die Kernrate, steigt dagegen von 1,6 Prozent in diesem auf 1,7 Prozent im kommenden Jahr und 1,9 Prozent im Jahr 2019. Hier machen sich die etwas anziehenden Löhne bemerkbar. Angesichts der ausgelasteten Produktionskapazitäten dürften sich für viele Unternehmen Preissetzungsspielräume ergeben – sie dürften also auf die lebhaftere Nachfrage mit höheren Preisen reagieren. Ein deutliches Anziehen der Kernrate zeichnet sich derzeit jedoch nicht ab; im Schlussquartal 2017 hat sich ihr Anstieg den für November vorliegenden Zahlen zufolge sogar abgeschwächt – wohl auch eine Folge der deutlichen Euro-Aufwertung, die noch für einige Zeit die Kosten der Unternehmen und damit den Preisauftrieb dämpfen dürfte.

Arbeitsmarkt: Beschäftigungsaufbau verliert an Tempo

Die Beschäftigung hat bis zuletzt weiter kräftig und mit kaum vermindertem Tempo zugenommen. Der Zuwachs speiste sich größtenteils aus einem fortgesetzten Aufbau des Erwerbspersonenpotentials. Vor allem schlugen Wanderungsgewinne zu Buche – insbesondere aus der Europäischen Union. Vermehrt machten sich überdies anerkannte Asylsuchende auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die heimische Bevölkerung im erwerbstätigen Alter nahm zwar weiter ab; dies wurde durch eine weiter kräftig steigende Erwerbsbeteiligung aber mehr als kompensiert. Die registrierte Arbeitslosigkeit ging im Sommerhalbjahr nur gemächlich und weniger stark zurück als die Beschäftigung zunahm.

Im Prognosezeitraum hält der Beschäftigungsaufbau an – wenngleich er mehr und mehr an Tempo einbüßt (Abbildung 3), denn das Produktionswachstum schwächt sich ab und die Produktivität zieht stärker an. Zunehmen wird wiederum allein die abhängige Beschäftigung und dabei vor allem die sozialversicherungspflichtige. Die Zahl der Mini-Jobs wird etwas zunehmen; solche Beschäftigungsverhältnisse werden vermehrt in einer Nebentätigkeit ausgeübt. Die Zahl der Selbständigen stagniert.

Auch die pro Kopf geleistete Arbeitszeit verändert sich kaum: Zwar nehmen Teilzeittätigkeiten weiterhin überdurchschnittlich zu, angesichts der guten Konjunktur wird aber auch die geleistete Mehrarbeit und Mehrfachbeschäftigung ausgeweitet werden.

³ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, unterscheidet sich für dieses Jahr bis auf die erste Nachkommastelle nicht von der Punktprognose; für das kommende Jahr liegt es zwischen ein und zwei Prozent – hier schlagen sich insbesondere die starken Ölpreisschwankungen der vergangenen Jahre nieder.

Tabelle 3

Annahmen dieser Prognose

		2017	2018	2019
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,1
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,3	-0,3	-0,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,1	1,0	1,1
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,4	0,5	0,6
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,13	1,17	1,17
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,2	2,3	2,5
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	54,7	62,0	59,9
Erdölpreis	Euro/Barrel	48,5	53,0	51,2

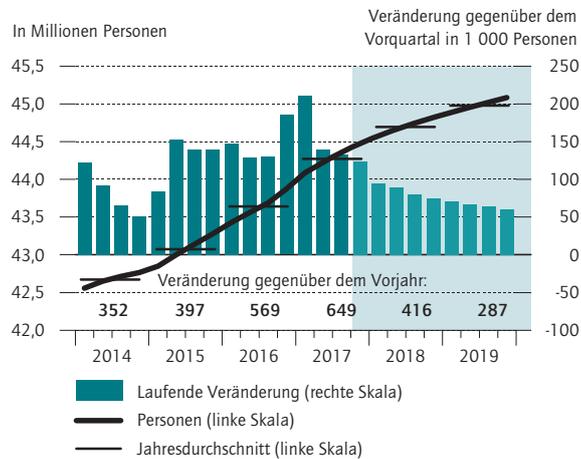
Quelle: DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Abbildung 3

Erwerbstätige

Änderung in Tausend Personen gegenüber Vorquartal



Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Der Beschäftigungsaufbau geht weiter, verliert aber etwas an Schwung.

Der Aufbau des Erwerbspersonenpotentials verlangsamt sich. So wird die Nettozuwanderung etwas schwächer, da sich die Wirtschaftslage in manchen Ländern in der EU verbessert. Anerkannte Flüchtlinge werden dagegen im nächsten Jahr ähnlich viele wie 2017 auf den Arbeitsmarkt kommen; hier macht sich ein Zeitverzug infolge der Anerkennungsverfahren und der Teilnahme an Inte-

Kasten 2

Szenarioberechnungen zu den Auswirkungen expansiver finanzpolitischer Maßnahmen

Bereits im Wahlkampf, aber auch in der Phase der Regierungsfindung nach den Wahlen wurden Forderungen nach einer Abgabentlastung der Unternehmen und Haushalte sowie verstärkten Ausgaben in Bildung und Infrastruktur laut. Eine neue Regierung gleich welcher Couleur dürfte angesichts der nennenswerten fiskalischen Spielräume spürbare Impulse setzen.¹ Für die Prognose wird indes wegen der Unsicherheit über die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen wie üblich der finanzpolitische Status quo unterstellt.

Im Folgenden werden drei ausgewählte Maßnahmen im makroökonomischen Strukturmodell des DIW Berlin simuliert, um die konjunkturellen Auswirkungen möglicher finanzpolitischer Impulse abzuschätzen:² die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, die Einführung eines Freibetrags bei den Sozialversicherungen sowie eine Ausweitung der öffentlichen Ausgaben für Konsum- und Investitionszwecke. Die für die Simulationen zugrunde gelegten Aufkommens- und Verteilungseffekte der Abgabentlastungen werden dabei mit dem Einkommensteuer-Mikrosimulationsmodell EStM des DIW Berlin ermittelt³ und an die in dieser Prognose vorgelegte Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage angepasst. Unterstellt wird für alle Maßnahmen, dass sie ab der Jahreswende 2018/2019 wirken.

Demnach erhöht die Abschaffung des Solidaritätszuschlags das Nettoeinkommen der privaten Haushalte um 15,2 Milliarden Euro.⁴ Die Einführung eines Freibetrags für die Arbeitnehmerbeiträge und die Eigenbeiträge der Rentnerinnen und Rentner von 1 200 Euro pro Jahr führt zu Entlastungen in Höhe von insgesamt 8,6 Milliarden Euro. Im dritten Szenario wird eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben unterstellt. Für die Ausweitung der öffentlichen Konsum- und Investitionsausgaben – die Wahlprogramme bieten hier eine Vielzahl von Vorhaben an – wird ein Ausgabenpaket in Höhe von insgesamt elf Milliarden Euro pro Jahr angenommen, durch das die Investitionen des Staates um zwei Milliarden Euro, die öffentlichen Bildungsausgaben um vier Milliarden Euro und die Ausgaben für Forschung um fünf Milliarden Euro steigen.

Den Simulationen zufolge führt die Abschaffung des Solidaritätszuschlags mit einem Volumen von insgesamt 15,2 Milliarden Euro im Jahr 2019 zu einem Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts um gut zehn Milliarden Euro (Tabelle). Preisbereinigt ergibt sich ein realer Wachstumsimpuls in Höhe von 0,2 Prozentpunkten. Hauptantrieb ist der private Konsum, denn ein steigendes Nettoeinkommen erhöht die Kaufkraft der privaten Haushalte. Allerdings steigt die gesamtwirtschaftliche Sparquote, denn die Haushalte geben den plötzlichen Einkommenszuwachs zum Teil erst in den nächsten Jahren aus und sparen deshalb durchschnittlich einen etwas höheren Anteil davon. Dieser Effekt wird durch einen Kompositionseffekt verstärkt, denn von der Abschaffung des Solidaritätszuschlags profitieren vor allem Hocheinkommensbezieherinnen und -bezieher. Diese legen einen relativ höheren Anteil ihres Nettoeinkommens beiseite, so dass sich nur ein Teil der Abgabentlastungen in höheren Konsumausgaben niederschlägt. Der Effekt kann in dem hier verwendeten Modell berücksichtigt werden, da die Verteilungswirkung der Abschaffung des Solidaritätszuschlags in die Simulation einfließt.⁵ Insgesamt fällt der Effekt auf die Konsumnachfrage trotz des Anstiegs der Sparquote dennoch recht hoch aus, da durch die kräftigere Expansion der inländischen Nachfrage Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse generiert werden. Nach Wirken aller Anpassungsmechanismen liegt der reale Einkommensmultiplikator einer Abschaffung des Solidaritätszuschlags im ersten Jahr bei etwa 0,4.

Auch bei einer Erhöhung der Freibeträge – hier um 8,6 Milliarden Euro – wird der private Konsum durch die steigende Kaufkraft angeregt. Anders als bei der Abschaffung des Solidaritätsbeitrags entlastet die Erhöhung der Freibeträge allerdings vor allem Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen. Diese konsumieren einen höheren Teil ihres zusätzlichen Einkommens, weshalb die gesamtwirtschaftliche Sparquote weniger stark steigt als bei der Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Gleichzeitig werden ebenfalls die Beschäftigung und die Investitionen angeregt. Dies zieht weitere Einkommenszuwächse nach sich. Alles in allem steigt so der private Konsum im Jahr 2019 real um rund zehn Milliarden Euro. Der Multiplikator liegt im ersten Jahr real bei 0,7.

¹ Vgl. dazu in der vorliegenden Ausgabe van Deuverden (2017), a. a. O.

² Für eine Beschreibung des makroökonomischen Modells des DIW Berlin vgl. Hanne Albig et al. (2017): Wie steigende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in Deutschland beeinflusst. DIW Wochenbericht Nr. 10, 159–168 (online verfügbar).

³ Vgl. Stefan Bach und Michelle Harnisch (2017): Steuerpolitik zwischen Jamaika und GroKo 3.0: Untere und mittlere Einkommen gezielt entlasten. DIW aktuell Nr. 6 (online verfügbar).

⁴ Eine darüber hinausgehende Entlastung der Unternehmen, die die Gewinneinkommen um 4,3 Milliarden Euro erhöhen dürfte, bleibt in den Simulationen unberücksichtigt.

⁵ Zum Verteilungseffekt der hier simulierten Politikmaßnahmen vgl. Stefan Bach und Michelle Harnisch (2017): Steuer- und Abgabenreformen für die neue Legislatur: untere und mittlere Einkommen gezielt entlasten. DIW Discussion Paper 1706 (online verfügbar).

Tabelle

Makroökonomische Effekte potentieller finanzpolitischer Maßnahmen im Jahr 2019

	Abschaffung des Solidaritätszuschlags ¹				Freibetrag bei den Sozialversicherungsbeiträgen ²				Ausgabenpaket ³			
	real		nominal		real		nominal		real		nominal	
	in Milliarden Euro	Wachstumseffekt in Prozentpunkten	in Milliarden Euro	Wachstumseffekt in Prozentpunkten	in Milliarden Euro	Wachstumseffekt in Prozentpunkten	in Milliarden Euro	Wachstumseffekt in Prozentpunkten	in Milliarden Euro	Wachstumseffekt in Prozentpunkten	in Milliarden Euro	Wachstumseffekt in Prozentpunkten
Nettotransfers	13,56		15,2		7,6		8,6					
Öffentliche Investitionen								1,92		2,0		
Öffttlicher Konsum								3,36		4,0		
Sonstige Investitionen (z.B. FuE)							4,39		5,0			
BIP	5,3	0,2	7,2	0,2	5,4	0,2	7,4	0,2	10,1	0,4	13,9	0,4
Privater Konsum	9,4	0,6	11,2	0,6	9,7	0,6	11,5	0,6	5,6	0,4	7,8	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,9	0,3	2,0	0,3	1,9	0,3	2,0	0,3	9,7	1,7	10,6	1,7
Exporte	-0,3	-0,0	0,3	0,0	-0,3	0,0	0,3	0,0	-0,5	0,0	0,4	0,0
Importe	5,6	0,5	6,1	0,5	5,7	0,5	6,2	0,5	7,9	0,7	8,6	0,7
	in Prozentpunkten		in Prozentpunkten		in Prozentpunkten		in Prozentpunkten		in Prozentpunkten		in Prozentpunkten	
Konsumdeflator		0,02				0,02				0,04		
Handelsbilanzsaldo pro BIP	-0,2				-0,2				-0,3			
Sparquote	0,35				0,06				0,09			
Multiplikatoreffekt (im ersten Jahr)	0,4				0,7				1			

1 Nettoeinkommen der Haushalte erhöht sich um 15,2 Milliarden, der GINI-Koeffizient für Markteinkommen nach Steuern steigt um 0,29 Gini-Punkte, Gewinne der Unternehmen in Höhe von 4,3 Milliarden fließen ins Ausland.

2 Nettoeinkommen der Haushalte erhöht sich um 8,6 Mrd., der GINI-Koeffizient für Markteinkommen nach Steuern sinkt um 0,12 Gini-Punkte.

3 Anstieg der öffentlichen Investitionen um 2 Milliarden, des Staatskonsums um 4 Milliarden und der sonstigen Investitionen um 5 Milliarden.

Quelle: DIW Wintergrundlinien 2017, eigene Simulationen.

© DIW Berlin 2017

Das Ausgabenprogramm im Umfang von insgesamt elf Milliarden Euro pro Jahr entfaltet seinen konjunkturellen Effekt direkt über die Erhöhung der Investitionen. Der Anstieg der öffentlichen Investitionsnachfrage sowie der sonstigen Investitionen, zu denen insbesondere die Forschungsausgaben zählen, führt ins-

gesamt zu einer Erhöhung der realen Bruttoanlageinvestitionen um rund zehn Milliarden Euro. Die konsumtiv ausgerichteten Bildungsausgaben lassen den privaten Konsum real um knapp sechs Milliarden Euro steigen. Insgesamt ergibt sich ein realer Multiplikatoreffekt im ersten Jahr von 1.

Tabelle 4

Entstehungsseite des Bruttoinlandsproduktes

	2017				2018				2016 ⁶	2017 ⁶	2018 ⁶	2019 ⁶
	I	II	III	IV	I	II	III	IV				
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,9	0,6	0,8	0,4	0,7	0,5	0,4	0,4	1,9	2,2	2,2	1,6
Effekt der Nettogütersteuern	-0,1	0,0	-0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bruttowertschöpfung ²												
insgesamt	1,0	0,7	1,0	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	1,9	2,3	2,3	1,6
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	0,2	0,3	0,5	-0,1	0,3	0,2	0,2	0,2	0,5	0,6	0,8	0,7
Baugewerbe	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,4	0,5	0,4	0,3
Unternehmensdienstleister	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,2	0,3	0,3	0,2
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	0,4	0,2	0,2
übrige Dienstleister ³	0,2	0,0	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,4	0,4	0,2
Erwerbstätige ⁴												
insgesamt	211	139	133	124	95	90	80	75	569	651	413	287
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	30	19	8	13	12	10	9	8	18	63	45	31
Baugewerbe	18	6	8	4	4	4	4	3	26	41	18	13
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	41	37	21	24	24	21	19	15	120	126	91	54
Unternehmensdienstleister	56	31	26	33	27	22	20	20	139	154	104	81
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	46	48	57	35	23	28	23	25	246	209	129	93
übrige Dienstleister ³	18	-4	10	15	5	5	5	4	39	59	25	17
Produktivität ⁵												
insgesamt	0,5	0,3	0,7	0,1	0,4	0,3	0,3	0,2	0,6	0,8	1,3	0,9
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	0,5	1,0	1,8	-0,5	1,0	0,7	0,6	0,5	1,6	1,5	2,6	2,2
Baugewerbe	2,3	0,5	0,1	0,4	0,5	0,5	0,4	0,5	0,9	1,2	1,7	1,7
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,8	0,5	0,2	0,7	0,5	0,4	0,3	0,3	1,1	1,6	1,7	1,3
Unternehmensdienstleister	0,3	-0,4	0,7	0,2	0,5	0,2	0,0	0,0	-0,6	0,0	1,0	0,2
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	-0,1	0,4	0,0	0,2	-0,1	-0,1	0,0	0,0	-0,1	0,1	0,1	0,0
übrige Dienstleister ³	0,6	-0,1	0,6	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2	0,9	0,7	1,2	0,7

1 Änderung des preis-, kalender- und saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorquartal in Prozent.

2 Bruttowertschöpfung: insgesamt – preis-, kalender- und saisonbereinigte Änderung im Vergleich zum Vorquartal in Prozent; Wirtschaftsbereiche – Wachstumsbeitrag zur gesamten Änderung in Prozentpunkten.

3 Die „übrigen Dienstleister“ umfassen die Bereiche Information und Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Versicherungs- sowie sonstige Dienstleister.

4 Änderung der saisonbereinigten Zahl der Erwerbspersonen im Vergleich zum Vorquartal in Tausend.

5 (Arbeits-) Produktivität je Erwerbstätigen in Prozent.

6 Jahre: Änderungen (Wirtschaftsbereiche: Wachstumsbeiträge) gegenüber Vorjahr, basierend auf Ursprungswerten; Erwerbstätige – absolute Änderung in Tausend (Jahresmittel).

Quelle: DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

grationsmaßnahmen bemerkbar. Im Jahr 2019 dürfte die zusätzliche Nachfrage von Flüchtlingen nach einer Beschäftigung dann stark nachlassen. Vor allem dämpfend auf das Erwerbspersonenpotential wirkt, dass beim heimischen Potential die weitere Zunahme der Erwerbsbeteiligung nicht mehr ausreichen wird, den Rückgang aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung auszugleichen.⁴

Bei immer noch kräftiger Beschäftigungsentwicklung und langsamerem Aufbau des Erwerbspersonenpotentials wird der Rückgang der Arbeitslosigkeit etwas an Schwung gewinnen. In diesem Jahr beläuft sich die Arbeitslosenquote auf 5,7 Prozent, 2018 werden es 5,5 Prozent und 2019 5,2 Prozent sein.⁵ In der Folge dürften die Löhne etwas Fahrt aufnehmen. Zwar lassen die bereits beschlossenen, aber erst später wirksam werdenden Tarifvereinbarungen kaum eine Erhöhung

⁴ Vgl. Karl Brenke und Marius Clemens (2017): Steigende Erwerbsbeteiligung wird künftig kaum ausreichen, um den demografischen Wandel in Deutschland zu meistern. DIW Wochenbericht Nr. 35, 675–685 (online verfügbar, abgerufen am 8. Dezember 2017. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

⁵ Das Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, unterscheidet sich für dieses Jahr bis auf die erste Nachkommastelle nicht von der Punktprognose; für das kommende Jahr liegt es zwischen 5,2 und 5,8 Prozent.

des Tempos bei den Lohnanhebungen erkennen. Aber es stehen für gewichtige Bereiche noch neue Tarifverträge aus. Überdies werden zunehmende Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt dazu führen, dass vermehrt übertarifliche Lohnanhebungen gewährt werden und Überstundenzuschläge anfallen.

Wirtschaftsbereiche: Kräftige Impulse aus der Industrie

Die Wirtschaftsleistung ist trotz ihres bereits hohen Tempos zuletzt noch stärker gestiegen. Impulse kamen nach wie vor aus den Dienstleistungsbereichen, vor allem aber hat die Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe zuletzt merklich zugenommen (Tabelle 4). Im Zuge des derzeit kräftigen weltweiten Aufschwungs dürfte die Wertschöpfung in der Industrie weiter spürbar aufwärtsgerichtet bleiben und auf die Unternehmens- sowie Verkehrsdienstleister ausstrahlen; dies spiegelt der im Durchschnitt kräftige Beitrag wider, auch wenn ein Sondereffekt das Schlussquartal dämpft (Kasten 1). Die Bereiche Handel und Gastgewerbe profitieren weiterhin von einem dynamischen – wenngleich sich leicht abschwächenden – privaten Verbrauch. Die Wertschöpfung in den Bereichen öffentliche Dienstleister, Gesundheit und Soziales sowie Erziehung wurden auch im Rahmen der Flüchtlingsmigration stark ausgeweitet; die hiermit verbundenen Effekte fallen nun jedoch nach und nach weg.

Der spürbare Beschäftigungsaufbau dürfte sich dabei von arbeits- zu kapitalintensiven Sektoren verschieben; insbesondere die Industrie und industrienahen Dienstleister dürften in den kommenden Quartalen verstärkt Personal einstellen – im späteren Verlauf werden die Zuwächse dort aber wieder etwas schwächer ausfallen.

Die Produktivitätsentwicklung, die in den vergangenen Jahren relativ schwach ausgefallen ist, wurde im dritten Quartal durch die günstige Entwicklung in der Industrie und bei den Unternehmensdienstleistern angetrieben. Dies dürfte sich – allerdings abgeschwächt – im Winter fortsetzen. Vor allem deswegen fällt der Produktivitätsanstieg 2018 im Vergleich zu diesem Jahr kräftig aus.

Privater Konsum: Etwas weniger kräftige Zuwächse

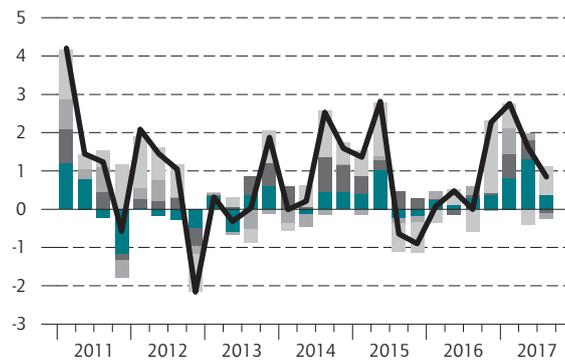
Der private Verbrauch hat in den vergangenen Jahren spürbar zur Wirtschaftsleistung beigetragen; dazu haben einerseits der ölpreisbedingte Kaufkraftschub und andererseits die zusätzliche Nachfrage infolge der Flüchtlingsmigration beigetragen. Beide Impulse fallen nun weg. Der Beschäftigungsaufbau schiebt zwar nach wie vor die Einkommen der Haushalte an, er schwächt sich im weiteren Verlauf jedoch ab und die Zuwächse der Lohnsumme fallen im Prognosezeitraum trotz steigen-

Abbildung 4

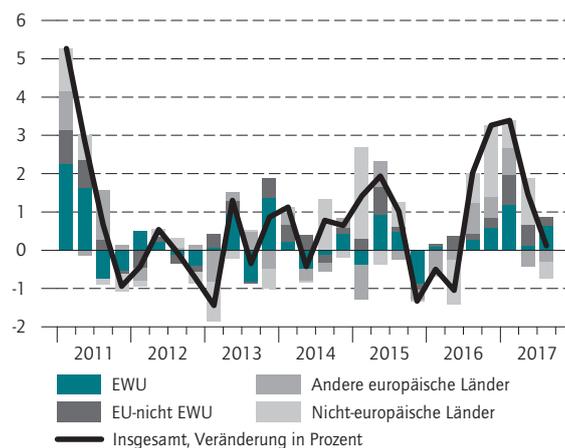
Warenausfuhr und -einfuhr nach Regionen

Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten

Ausfuhr



Einfuhr



Quellen: Deutsche Bundesbank; DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

In den ersten Quartalen des Jahres 2017 leisteten die Länder des Euroraums den größten Wachstumsbeitrag zu den Warenausfuhren.

der Löhne geringer aus. Netto verliert die Lohnsumme sogar noch deutlicher an Schwung, vor allem aufgrund der Lohnsteuer.

Auch die monetären Sozialleistungen nehmen weniger stark zu: Hier schlägt zu Buche, dass der Kreis der Transferempfängerinnen und Transferempfänger in den kommenden Jahren nicht wie zuletzt aufgrund der Flüchtlingsmigration größer wird und dass keine Leistungen, wie zuletzt etwa bei der Pflegeversicherung, ausgeweitet werden. Vor allem aber fallen die Rentenanhebungen im Prognosezeitraum nicht mehr so kräftig aus wie Mitte

Tabelle 5

Reale Investitionen

Veränderung in Prozent

	2016	2015	2016	2017	2018	2019
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	60,9	-0,7	4,0	4,4	3,5	3,0
Nichtwohnungsbau	39,1	-2,5	0,8	1,9	-0,3	1,6
Gewerblicher Bau	27,5	-3,2	0,0	2,7	0,2	2,0
Öffentlicher Bau	11,57	-0,8	2,7	-0,1	-1,6	0,6
Bauinvestitionen	100,0	-1,4	2,7	3,4	2,0	2,5
Ausrüstungsinvestitionen		3,9	2,2	4,3	6,3	3,5

Quelle: DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

dieses und insbesondere vergangenen Jahres. Zudem sind bei den Betriebsüberschüssen, den Vermögens- und – wohl vorrangig – den Selbstständigeneinkommen nicht so hohe Zuwächse wie in diesem Jahr zu erwarten. Die verfügbaren Einkommen steigen daher nach vier Prozent in diesem Jahr in den kommenden beiden Jahren nur noch um gut drei Prozent.

Vor allem deshalb, aber auch wegen einer etwas steigenden Teuerung verliert der private Verbrauch in den kommenden beiden Jahren an Tempo. Dieses Jahr fällt das Plus mit gut zwei Prozent dagegen nochmal so kräftig aus wie 2016, da die deutlich höhere Inflation durch den hohen Einkommensanstieg ausgeglichen wird.

Ausrüstungsinvestitionen: Unternehmen legen Investitionszurückhaltung ab

Die Investitionen in neue Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sind in den ersten drei Quartalen des Jahres 2017 kräftig gestiegen. Auch die sonstigen Investitionen legten weiter zu. Insgesamt haben vor allem die privaten Unternehmen ihre Investitionszurückhaltung abgelegt, während die Anschaffungen des Staates aufgrund von Großprojekten weiterhin starken Schwankungen unterliegen.

Die gestiegenen Unternehmensinvestitionen sind dabei nicht zuletzt Ausdruck der derzeit dynamischen konjunkturellen Entwicklung Deutschlands und vieler wichtiger Absatzmärkte. So stiegen die Exporte Deutschlands in den ersten drei Quartalen deutlich. Von dieser Entwicklung profitieren mit der Industrie und dem Verkehrssektor besonders kapitalintensive Bereiche. Dies regt die Investitionstätigkeit im Inland an. Aber auch weltweit steigt die Nachfrage nach Investitionsgütern;

dies kommt der auf die Produktion dieser Güter spezialisierten deutschen Wirtschaft in besonderem Maße zugute.

Die Expansion der Ausrüstungsinvestitionen dürfte weiter anhalten. Für das Schlussquartal 2017 ist erneut mit einer recht kräftigen Zuwachsrates zu rechnen (Kasten Prognosemodelle). Die Kapazitätsauslastung ist überdurchschnittlich und die Stimmung in den Industrieunternehmen derzeit euphorisch. Auch weil die Finanzierungsbedingungen alles in allem vorteilhaft bleiben, dürfte die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zunächst weiterhin hoch sein und vermehrt in den Ausbau der Kapazitäten investiert werden.

Gleichwohl dürfte sich die Dynamik im Jahresverlauf 2018 etwas verlangsamen. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus wichtigen Absatzmärkten wird an Schwung verlieren und auch die allmähliche Normalisierung der Geldpolitik im Euroraum wird voraussichtlich etwas bremsen. Alles in allem werden die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um rund 4,3 Prozent zulegen. Im kommenden Jahr dürften sie deutlich stärker, um sechs Prozent, expandieren und im Jahr 2019 um 3,5 Prozent. Eine im Verlauf ähnliche Dynamik ist für die sonstigen Investitionen zu erwarten.

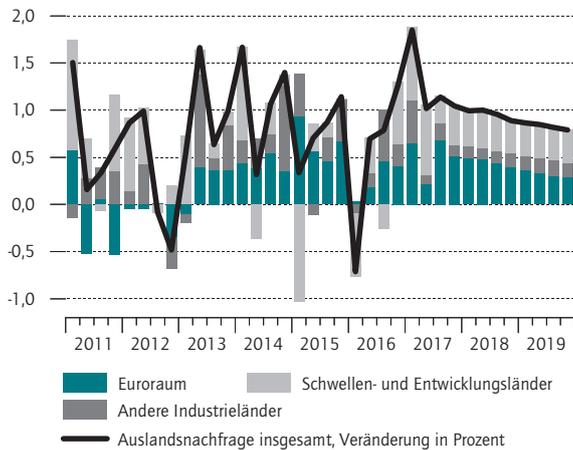
Bauinvestitionen: Die Luft wird dünner

Die Bauinvestitionen sind in der ersten Jahreshälfte äußerst kräftig gestiegen. Allerdings hat die Dynamik bereits im Frühsommer im Nichtwohnungsbau und in den Sommermonaten im Wohnungsbau nachgelassen. Gleichwohl beschert der starke Jahresbeginn eine erhebliche Zunahme der Bautätigkeit im Vergleich zum Vorjahr (Tabelle 5).

Abbildung 5

Auslandsnachfrage

Wachstumsbeiträge der Regionen in Prozentpunkten



Quellen: Bloomberg; DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Die Auslandsnachfrage wird im kommenden Jahr weiter robust, aber etwas weniger stark als in diesem Jahr expandieren.

Wesentliche Stütze bleibt der Wohnungsbau, dessen Aufwärtstrend angesichts des erheblichen Bauüberhangs⁶, gut gefüllter Auftragsbücher und niedriger Zinsen weiter Bestand hat. Gleichwohl stagnieren die Baugenehmigungen seit geraumer Zeit und die Steigerung der Immobilienpreise scheint in vielen großen Städten zum Erliegen gekommen zu sein. Der hohe Auftragsbestand dürfte also allmählich abgearbeitet werden; einer schnellen Umsetzung geplanter Bauvorhaben steht die hohe Auslastung der Bauwirtschaft aber entgegen.

Für den Wirtschaftsbau gilt analog zu den Ausrüstungsinvestitionen, dass die Unternehmen ihre Zurückhaltung wohl etwas ablegen werden und stärker als bisher auch in Betriebsgebäude investieren. Die öffentliche Hand hat in den vergangenen Jahren bereits erheblich mehr Mittel für den Ausbau und die Instandsetzung der Infrastruktur in die Hand genommen. Nach derzeitiger Beschlusslage dürfte der Bund seine Bauinvestitionen in den kommenden beiden Jahren real nur wenig ausweiten. Bei den Kommunen dürfte sich positiv bemerkbar machen, dass sich deren Haushaltslage weiter bessert

⁶ Der Bauüberhang ist die Differenz aus genehmigten und fertiggestellten Bauvorhaben. Der Überhang beträgt mit gut 600 000 Wohneinheiten in etwa das Doppelte der derzeitigen jährlichen Neubauleistung.

und zudem die zusätzlichen Mittel des Bundes im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds mehr und mehr abgerufen werden.

Außenhandel: Gute Aussichten für die Exportwirtschaft

Im dritten Quartal haben die Exporte nach einer Verschnaufpause zur Jahresmitte wieder deutlich Fahrt aufgenommen: Zwar dürfte der bis zum Sommer stark gestiegene Wechselkurs des Euro für sich genommen dämpfend auf die Nachfrage aus Ländern außerhalb der Währungsunion gewirkt haben, dieser Effekt wurde aber durch die günstige konjunkturelle Situation auf wichtigen deutschen Auslandsmärkten überlagert (Abbildung 4). Darüber hinaus blieb die Nachfrage aus den Ländern des Euroraums weiterhin aufwärtsgerichtet. Die Importe hingegen behielten das hohe Tempo des Frühjahrs nicht bei und verzeichneten – passend zum gedämpften Konsum – geringere Zuwächse als die Ausfuhren.

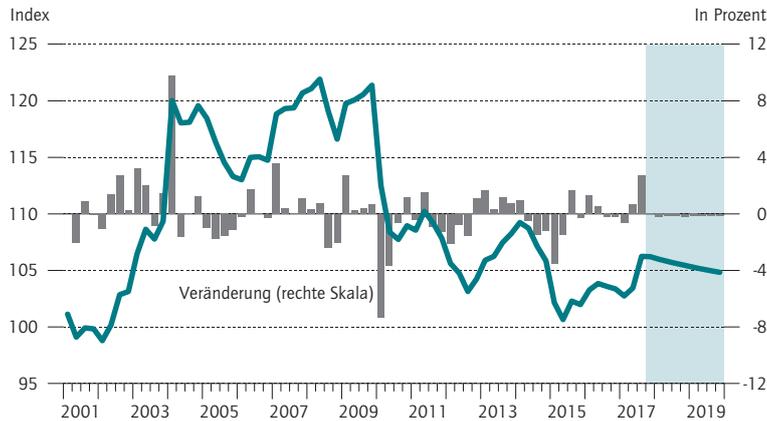
Seit Jahresbeginn 2017 hat der Aufschwung der Weltwirtschaft, einhergehend mit einer anziehenden Investitionstätigkeit, Fahrt aufgenommen. Von dieser Entwicklung profitiert die deutsche Volkswirtschaft in besonderem Maße, denn der Anteil von Investitionsgütern an den Warenausfuhren ist mit rund 50 Prozent besonders hoch. Entsprechend dürften die Exporte ihre Dynamik im laufenden Quartal in etwa halten, darauf deuten vorlaufende Indikatoren wie die Auftragseingänge aus dem Ausland (ohne Großaufträge) hin, die fünf Quartale in Folge stiegen (Kasten Prognosemodelle). Weil sich im weiteren Verlauf die Auslandsnachfrage aus dem Euroraum weniger kräftig entwickelt als zuletzt, dürfte sich das Expansionstempo der Ausfuhren im Jahresverlauf 2018 leicht abschwächen (Abbildung 5). Im darauffolgenden Jahr ist eine weitere leichte Entschleunigung der Auslandsnachfrage angelegt, allerdings dürften die Exporte mit in etwa konstanten Zuwachsraten zulegen, da die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit stützend wirkt (Abbildung 6).

Die Importe dürften im laufenden Vierteljahr wieder deutlicher ausgeweitet worden sein, aber weiterhin in geringerem Maße als die Ausfuhren. Darauf lässt die preisbereinigte Wareneinfuhr in der Abgrenzung des Spezialhandels schließen, die im Oktober ein deutliches Plus verzeichnete. Im ersten Halbjahr 2018 dürften insbesondere von den robusten Exporten sowie den lebhaften Ausrüstungsinvestitionen im Inland Impulse für die Einfuhren ausgehen. Im weiteren Prognosezeitraum lassen diese Impulse langsam nach, was die Importe dämpft. Alles in allem dürfte der Außenhandel in allen drei Jahren des Prognosezeitraums rein rechnerisch positiv zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes beitragen.

Abbildung 6

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 19 Handelspartnern auf Grundlage des VPI

Index (linke Skala), Veränderungen in Prozent (rechte Skala)



Quellen: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Bloomberg; DIW Wintergrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

In den diesem und im kommenden Jahr wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Aufwertung des Euro verschlechtern.

Die Terms of Trade haben sich im Schlussquartal wohl deutlich verschlechtert. Dafür maßgeblich dürften die seit Jahresmitte um rund 20 Prozent gestiegenen Weltmarktpreise für Energieträger sein. Diese machen etwa ein Zehntel der Importe aus, sodass sich Preissteigerungen dieser Güter auch in den Importpreisen niederschlagen. Für die Monate September und Oktober waren entsprechend hohe Zuwächse des monatlichen Einfuhrpreisindex zu verzeichnen, während der Ausfuhrpreisindex zuletzt nur geringfügige Preissteigerungen für Exportgüter nahelegte.

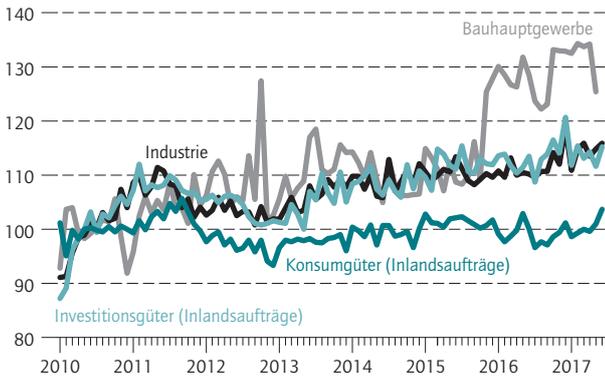
Die energiepreisbedingten Preissteigerungen dürften nach dem Jahreswechsel 2017/2018 auslaufen. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Export- und Importpreise wohl in ähnlichem Maße zulegen. Nach einer deutlichen Verschlechterung in diesem Jahr dürften die Terms of Trade in den beiden kommenden Jahren des Prognosezeitraums in etwa neutral ausfallen.

Abbildung 7

Konjunkturindikatoren Deutschland

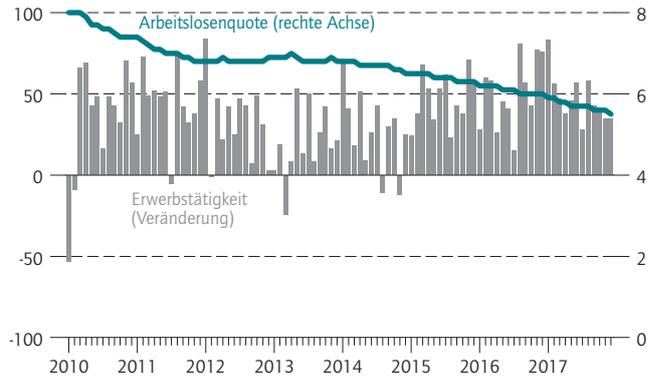
1. Auftragseingang

Kalender- und saisonbereinigte Werte



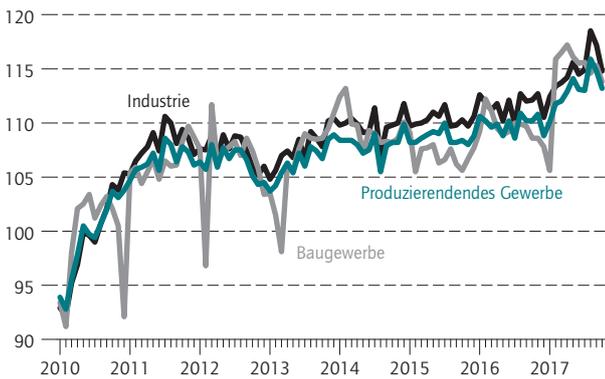
2. Arbeitsmarkt

In Prozent, in Tausend



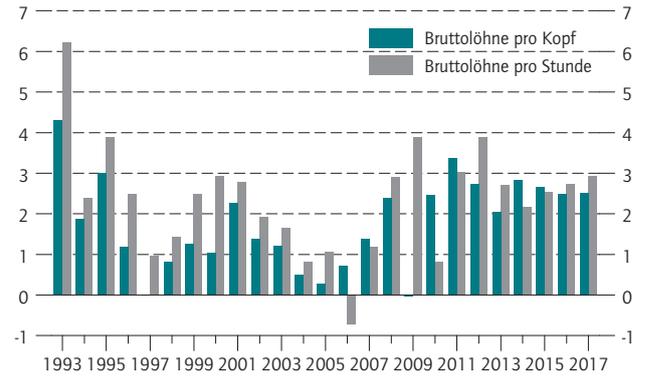
3. Produktionsindex

Kalender- und saisonbereinigte Werte



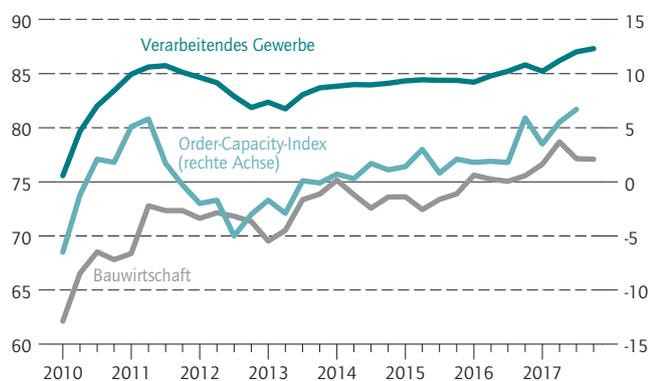
4. Löhne

Veränderung in Prozent



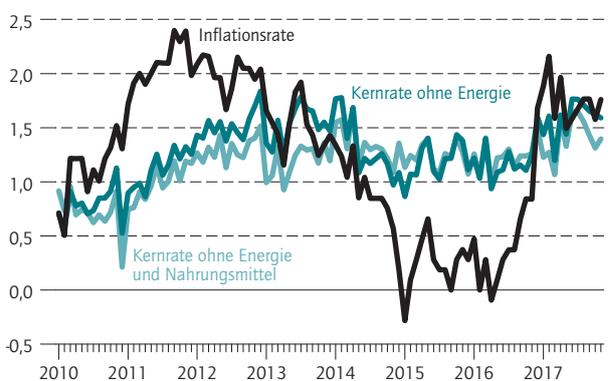
5. Kapazitätsauslastung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



6. Preisentwicklung

In Prozent, saisonbereinigte Werte



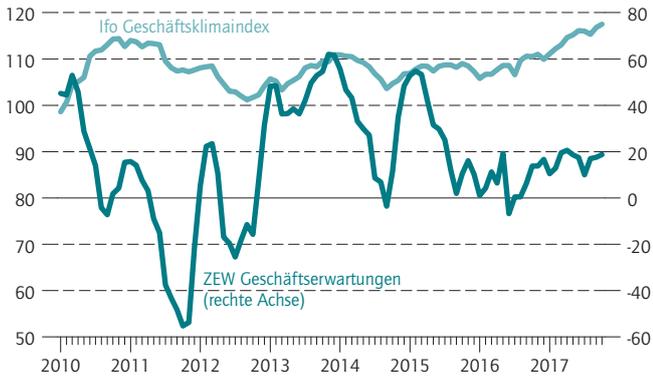
Quellen: (1,3,4,6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank.

Abbildung 7 (Fortsetzung)

Konjunkturindikatoren Deutschland

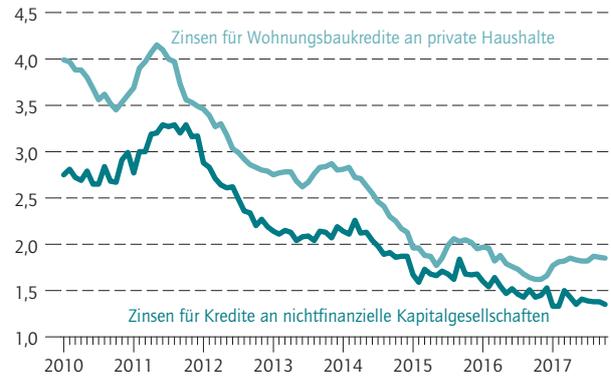
7. Unternehmensstimmung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



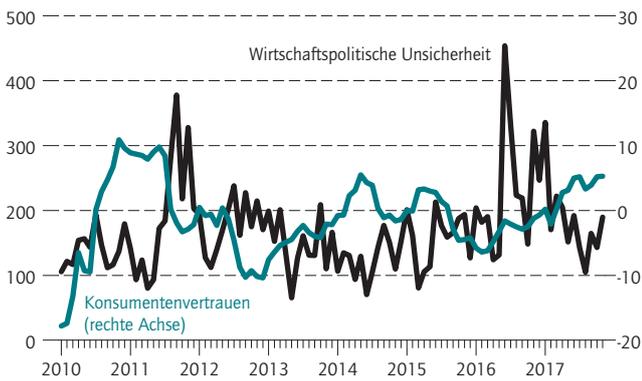
8. Zinsen

In Prozent



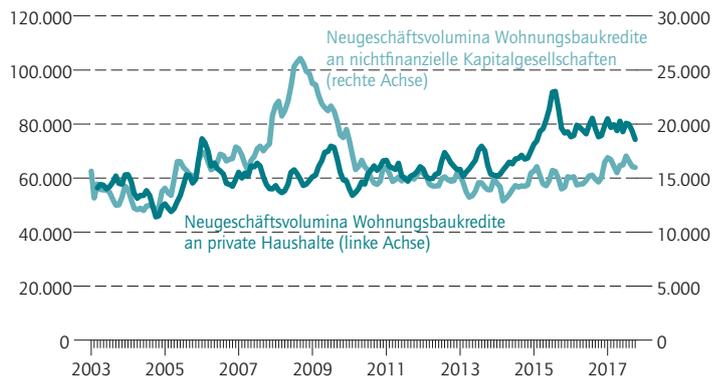
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit

Salden positiver/negativer Antworten; Newsindex, Mittelwert vor 2011=100



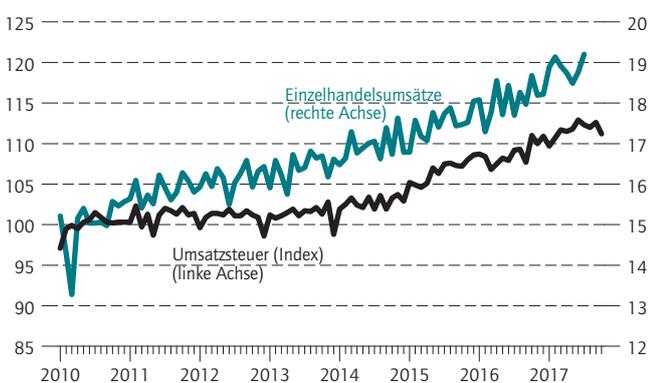
10. Kredite Neugeschäftsvolumina

In Millionen Euro, gleitender Dreimonatsdurchschnitt



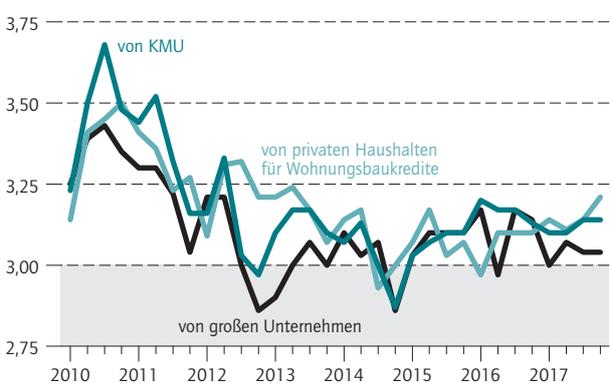
11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze

Index 2010=100, Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten

=3 konstant, >3 steigt <3 sinkt



Quellen: (1) ifo Institut; ZEW; (2,4) Deutsche Bundesbank; (3) Eurostat; Economic Policy Uncertainty (online verfügbar); (5) Statistisches Bundesamt; (6) ifo Institut; Deutsche Bundesbank.

DEUTSCHLAND

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Karl Brenke ist Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Kristina van Deuverden ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Claus Michelsen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 50/2017:

www.diw.de/econbull



Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2017		2018		2019	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,5	0,9	0,6	1,5	1,5	1,1	0,8	0,7	0,6
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,9	0,3	0,0	0,0	1,9	0,4	0,3	0,6	-0,5
Arbeitstage	-1,2	-0,3	0,0	0,0	-2,3	-0,5	-0,1	-0,8	0,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,3	1,0	0,6	1,5	1,0	1,0	1,0	0,4	0,8
Produktivität ¹	1,0	1,2	1,0	0,7	1,3	1,3	1,2	1,0	0,9
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,2	1,6	2,2	2,3	2,3	2,2	1,5	1,7
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 374,4	2 447,5	2 520,6	1 160,5	1 213,8	1 193,8	1 253,8	1 227,6	1 293,0
Private Haushalte ²	1 738,3	1 790,0	1 843,3	850,5	887,7	873,9	916,1	898,4	945,0
Staat	636,1	657,5	677,2	310,0	326,1	319,8	337,7	329,2	348,0
Anlageinvestitionen	665,5	702,7	736,9	320,8	344,7	338,2	364,5	354,7	382,2
Ausrüstungen	215,1	229,4	238,5	101,7	113,3	109,1	120,3	113,1	125,4
Bauten	324,8	342,0	361,4	157,8	167,0	165,0	177,0	174,7	186,8
Sonstige Anlageinvestitionen	125,7	131,4	137,0	61,3	64,3	64,2	67,2	67,0	70,1
Vorratsveränderung ³	-23,7	-22,7	-21,8	-6,4	-17,3	-2,6	-20,1	-3,1	-18,7
Inländische Verwendung	3 016,2	3 127,6	3 235,6	1 475,0	1 541,2	1 529,4	1 598,2	1 579,2	1 656,4
Außenbeitrag	247,0	264,7	272,4	127,5	119,5	140,0	124,7	144,0	128,4
Exporte	1 537,2	1 632,1	1 715,1	761,2	776,0	808,0	824,1	847,4	867,7
Importe	1 290,2	1 367,5	1 442,7	633,7	656,5	668,0	699,5	703,4	739,3
Bruttoinlandsprodukt	3 263,2	3 392,3	3 508,0	1 602,5	1 660,7	1 669,4	1 722,8	1 723,2	1 784,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,7	3,1	3,0	3,9	3,5	2,9	3,3	2,8	3,1
Private Haushalte ²	3,8	3,0	3,0	4,0	3,6	2,8	3,2	2,8	3,2
Staat	3,4	3,4	3,0	3,5	3,2	3,2	3,5	2,9	3,1
Anlageinvestitionen	5,6	5,6	4,9	5,2	6,1	5,4	5,7	4,9	4,9
Ausrüstungen	4,5	6,7	4,0	2,7	6,1	7,2	6,1	3,7	4,2
Bauten	6,7	5,3	5,7	7,0	6,4	4,6	6,0	5,9	5,5
Sonstige Anlageinvestitionen	5,0	4,5	4,3	4,9	5,1	4,6	4,5	4,4	4,2
Inländische Verwendung	4,2	3,7	3,5	4,3	4,2	3,7	3,7	3,3	3,6
Exporte	6,0	6,2	5,1	6,0	6,0	6,1	6,2	4,9	5,3
Importe	7,6	6,0	5,5	8,8	6,4	5,4	6,5	5,3	5,7
Bruttoinlandsprodukt	3,8	4,0	3,4	3,4	4,1	4,2	3,7	3,2	3,6
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 158,1	2 189,5	2 214,0	1 061,7	1 096,4	1 075,6	1 113,9	1 086,7	1 127,4
Private Haushalte ²	1 599,6	1 623,7	1 645,0	784,8	814,8	795,6	828,0	804,8	840,2
Staat	558,3	565,6	569,0	276,7	281,5	279,8	285,8	281,7	287,3
Anlageinvestitionen	593,7	614,9	632,8	286,9	306,8	296,7	318,2	305,4	327,4
Ausrüstungen	208,1	221,1	229,0	97,9	110,2	104,7	116,4	108,1	120,8
Bauten	272,9	278,4	285,3	133,5	139,4	135,2	143,1	138,8	146,4
Sonstige Anlageinvestitionen	113,4	116,9	120,2	55,6	57,9	57,3	59,6	58,9	61,3
Inländische Verwendung	2 717,8	2 771,7	2 815,5	1 340,6	1 377,1	1 367,4	1 404,4	1 387,0	1 428,4
Exporte	1 455,0	1 531,9	1 598,1	720,5	734,5	759,8	772,1	790,8	807,3
Importe	1 254,6	1 320,4	1 383,9	613,2	641,3	645,7	674,7	675,2	708,6
Bruttoinlandsprodukt	2 918,8	2 984,5	3 032,1	1 447,5	1 471,3	1 481,4	1 503,1	1 503,0	1 529,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,8	1,5	1,1	2,0	1,7	1,3	1,6	1,0	1,2
Private Haushalte ²	2,1	1,5	1,3	2,2	2,0	1,4	1,6	1,1	1,5
Staat	1,1	1,3	0,6	1,4	0,8	1,1	1,5	0,7	0,5
Anlageinvestitionen	3,7	3,6	2,9	3,4	4,0	3,4	3,7	2,9	2,9
Ausrüstungen	4,3	6,3	3,5	2,5	5,9	6,9	5,7	3,3	3,8
Bauten	3,4	2,0	2,5	4,0	2,9	1,3	2,7	2,7	2,3
Sonstige Anlageinvestitionen	3,7	3,0	2,9	3,7	3,7	3,0	3,0	2,9	2,8
Inländische Verwendung	2,3	2,0	1,6	2,4	2,2	2,0	2,0	1,4	1,7
Exporte	4,3	5,3	4,3	4,1	4,5	5,5	5,1	4,1	4,6
Importe	4,8	5,3	4,8	5,0	4,7	5,3	5,2	4,6	5,0
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,2	1,6	2,2	2,3	2,3	2,2	1,5	1,7

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2017		2018		2019	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	1,7	1,5	1,6	1,7	1,6	1,3	1,6	1,6	1,7
Konsumausgaben des Staates	2,2	2,0	2,4	2,1	2,4	2,0	2,0	2,2	2,5
Anlageinvestitionen	1,8	1,9	1,9	1,7	1,9	2,0	1,9	1,9	1,9
Ausrüstungen	0,2	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4
Bauten	3,1	3,2	3,1	2,9	3,4	3,3	3,2	3,1	3,1
Exporte	1,6	0,9	0,7	1,9	1,4	0,7	1,0	0,8	0,7
Importe	2,6	0,7	0,7	3,7	1,6	0,1	1,3	0,7	0,6
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,7	1,8	1,2	1,8	1,8	1,5	1,7	1,8
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 277,2	2 358,9	2 440,5	1 120,0	1 157,2	1 159,9	1 199,0	1 199,1	1 241,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	301,0	312,2	324,0	145,1	155,9	150,6	161,6	156,5	167,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 369,6	1 424,4	1 478,3	653,2	716,4	680,2	744,2	706,6	771,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	606,6	622,3	638,2	321,6	284,9	329,1	293,2	336,0	302,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	474,0	499,8	517,7	219,0	255,0	235,6	264,2	241,3	276,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 751,1	2 858,6	2 958,2	1 338,9	1 412,2	1 395,5	1 463,1	1 440,4	1 517,9
Abschreibungen	571,3	594,5	615,0	283,3	288,0	294,9	299,6	305,5	309,5
Bruttonationaleinkommen	3 322,5	3 453,2	3 573,2	1 622,2	1 700,2	1 690,4	1 762,7	1 745,9	1 827,4
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2 433,3	2 533,2	2 623,6	1 180,6	1 252,7	1 233,4	1 299,8	1 273,8	1 349,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	762,7	796,6	821,2	382,3	380,4	402,5	394,0	410,7	410,5
Arbeitnehmerentgelt	1 670,6	1 736,6	1 802,4	798,3	872,3	830,8	905,8	863,1	939,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	4,6	3,6	3,5	4,6	4,6	3,6	3,6	3,4	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,2	3,7	3,8	3,8	4,6	3,8	3,6	3,9	3,7
Bruttolöhne und -gehälter	4,4	4,0	3,8	4,5	4,4	4,1	3,9	3,9	3,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	5,1	2,6	2,6	5,0	5,3	2,3	2,9	2,1	3,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,3	5,4	3,6	-1,4	3,8	7,6	3,6	2,4	4,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,0	3,9	3,5	3,6	4,5	4,2	3,6	3,2	3,7
Abschreibungen	3,5	4,1	3,4	3,3	3,6	4,1	4,0	3,6	3,3
Bruttonationaleinkommen	3,9	3,9	3,5	3,5	4,3	4,2	3,7	3,3	3,7
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	4,1	4,1	3,6	3,5	4,7	4,5	3,8	3,3	3,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,4	4,4	3,1	1,6	5,2	5,3	3,6	2,0	4,2
Arbeitnehmerentgelt	4,4	4,0	3,8	4,4	4,4	4,1	3,8	3,9	3,7
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1 350,3	1 397,8	1 442,9	650,5	699,9	673,8	724,0	695,3	747,5
Nettolöhne- und -gehälter	905,3	940,8	972,3	427,7	477,7	445,1	495,7	460,3	511,9
Monetäre Sozialleistungen	565,8	581,8	599,4	282,5	283,3	290,4	291,4	298,6	300,8
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	120,8	124,8	128,8	59,7	61,1	61,7	63,1	63,6	65,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	606,6	622,3	638,2	321,6	284,9	329,1	293,2	336,0	302,1
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-79,4	-83,0	-85,4	-38,7	-40,7	-40,7	-42,3	-41,9	-43,5
Verfügbares Einkommen	1 877,5	1 937,1	1 995,6	933,4	944,1	962,2	974,9	989,5	1 006,2
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	49,5	50,0	50,4	24,5	25,1	24,7	25,3	24,9	25,5
Konsumausgaben	1 738,3	1 790,0	1 843,3	850,5	887,7	873,9	916,1	898,4	945,0
Sparen	188,8	197,0	202,7	107,3	81,4	113,0	84,0	116,0	86,7
Sparquote in Prozent ⁷	9,8	9,9	9,9	11,2	8,4	11,4	8,4	11,4	8,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,9	3,5	3,2	4,2	3,7	3,6	3,4	3,2	3,3
Nettolöhne- und -gehälter	4,2	3,9	3,4	4,3	4,0	4,1	3,8	3,4	3,3
Monetäre Sozialleistungen	3,8	2,8	3,0	4,3	3,4	2,8	2,9	2,8	3,2
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	5,2	3,3	3,2	5,6	4,8	3,3	3,3	3,1	3,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	5,1	2,6	2,6	5,0	5,3	2,3	2,9	2,1	3,1
Verfügbares Einkommen	4,0	3,2	3,0	4,2	3,8	3,1	3,3	2,8	3,2
Konsumausgaben	3,8	3,0	3,0	4,0	3,6	2,8	3,2	2,8	3,2
Sparen	5,0	4,4	2,9	5,1	4,9	5,2	3,2	2,7	3,1

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2017		2018		2019	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates^a									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	770,0	791,5	819,8	385,1	384,9	398,3	393,3	412,4	407,3
direkte Steuern	424,5	438,0	456,7	213,3	211,2	222,5	215,5	232,0	224,7
indirekte Steuern	345,6	353,6	363,1	171,8	173,8	175,8	177,8	180,4	182,7
Nettosozialbeiträge	548,1	567,2	588,3	265,7	282,4	275,1	292,1	285,4	302,9
Vermögenseinkommen	17,0	17,1	17,8	8,6	8,4	8,7	8,4	9,3	8,5
Laufende Übertragungen	21,7	22,2	22,6	10,1	11,5	10,4	11,8	10,6	12,0
Vermögenstransfers	11,8	10,6	10,7	5,4	6,3	4,8	5,8	4,8	5,8
Verkäufe	109,4	114,4	120,3	52,2	57,2	54,2	60,1	57,5	62,8
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 478,2	1 523,1	1 579,6	727,3	750,9	751,5	771,6	780,1	799,5
Ausgaben									
Vorleistungen	153,7	159,7	165,9	71,7	82,0	74,2	85,6	77,4	88,6
Arbeitnehmerentgelte	246,3	256,1	262,8	118,4	127,8	122,6	133,5	125,7	137,1
Soziale Sachleistungen	278,0	286,0	296,2	138,2	139,8	142,2	143,8	147,2	149,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	39,4	39,2	38,6	19,9	19,5	19,8	19,4	19,4	19,3
Subventionen	27,8	28,1	28,5	13,5	14,3	13,7	14,5	13,8	14,6
Monetäre Sozialleistungen	506,3	520,8	536,9	253,2	253,1	260,3	260,5	267,7	269,2
Sonstige laufende Transfers	72,1	83,8	90,7	40,9	31,2	34,0	49,8	44,5	46,2
Bruttoinvestitionen	69,0	71,6	74,0	30,1	38,8	31,4	40,2	32,3	41,7
Vermögenstransfers	39,4	32,8	33,1	20,7	18,7	13,8	19,0	13,7	19,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,3	-1,3	-1,3	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 430,8	1 477,1	1 525,6	706,1	724,7	711,3	765,8	741,1	784,4
Finanzierungssaldo	47,4	46,0	54,1	21,2	26,2	40,2	5,8	39,0	15,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	5,2	2,8	3,6	5,6	4,8	3,4	2,2	3,6	3,6
direkte Steuern	6,9	3,2	4,3	7,2	6,5	4,3	2,1	4,3	4,3
indirekte Steuern	3,2	2,3	2,7	3,7	2,8	2,3	2,3	2,6	2,8
Nettosozialbeiträge	4,6	3,5	3,7	4,8	4,5	3,5	3,5	3,8	3,7
Vermögenseinkommen	-5,6	0,3	3,9	-9,9	-0,7	0,9	-0,4	6,7	1,0
Laufende Übertragungen	9,0	2,2	2,2	12,9	5,8	2,4	2,1	2,3	2,0
Vermögenstransfers	-23,9	-10,3	1,1	-28,6	-19,4	-11,8	-8,9	1,2	0,9
Verkäufe	4,3	4,5	5,2	4,8	3,8	3,9	5,1	6,0	4,5
Sonstige Subventionen	2,5	0,0	0,0	6,9	-0,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,5	3,0	3,7	4,8	4,3	3,3	2,8	3,8	3,6
Ausgaben									
Vorleistungen	2,5	3,9	3,9	3,0	2,0	3,5	4,3	4,3	3,5
Arbeitnehmerentgelte	4,1	4,0	2,6	4,4	3,9	3,5	4,4	2,5	2,7
Soziale Sachleistungen	3,5	2,9	3,6	3,5	3,5	2,9	2,9	3,6	3,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-5,2	-0,5	-1,5	-3,8	-6,6	-0,5	-0,5	-2,3	-0,7
Subventionen	-0,1	1,3	1,2	-0,6	0,3	1,3	1,2	1,1	1,2
Monetäre Sozialleistungen	4,1	2,9	3,1	4,8	3,5	2,8	2,9	2,8	3,3
Sonstige laufende Transfers ⁹	-3,6	11,7	6,9	0,9	-4,5	-6,9	18,6	10,5	-3,6
Bruttoinvestitionen	3,2	3,8	3,3	4,1	2,5	4,1	3,6	3,0	3,5
Vermögenstransfers ⁹	3,0	-6,6	0,4	31,9	-9,8	-33,2	1,5	-0,5	2,3
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,0	3,2	3,3	4,4	1,8	0,7	5,7	4,2	2,4

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW Wintergrundlinien 2017.



Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

INTERVIEW MIT FERDINAND FICHTNER

»Schwierige Regierungsbildung spielt keine große Rolle für die Konjunktur«

1. Herr Fichtner, die jüngsten Prognosen für dieses und das kommende Jahr fielen ausgesprochen günstig aus. Hat sich an diesem Ausblick etwas geändert? *Tatsächlich ist das Bild für dieses Jahr ausgesprochen freundlich. Wir heben deswegen unsere Prognose im Vergleich zum Herbst relativ deutlich um rund einen Viertel-Prozentpunkt an. Einerseits ist das erste Halbjahr besser ausgefallen, als es das Statistische Bundesamt noch im Herbst ausgewiesen hatte. Zudem erwarten wir, dass die deutsche Wirtschaft auch mit etwas mehr Tempo durch die zweite Jahreshälfte geht. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte daher in diesem Jahr um insgesamt 2,2 Prozent höher liegen als im Vorjahr.*
2. Was sind die Gründe für dieses anhaltende Wachstum? *Das Wachstum steht auf einem breiteren Fundament. Wir haben seit diesem Jahr eine kräftige Dynamik bei den Exporten, die zu der ohnehin kräftigen Grunddynamik beim privaten Konsum hinzukommt. Neu ist in diesem Jahr auch, dass das verarbeitende Gewerbe durch die kräftige Exporttätigkeit profitiert. Die Industrie produziert tendenziell kapitalintensiv, was wiederum die Investitionstätigkeit ankurbelt.*
3. Wie werden sich die Löhne und die Verbraucherpreise entwickeln? *Angesichts des sehr gut ausgelasteten Arbeitsmarkts werden wir im Prognosezeitraum eine etwas kräftigere Lohndynamik sehen als in den vergangenen Jahren. Wir haben eine Arbeitslosenquote, die sich im Prognosezeitraum stramm in Richtung fünf Prozent bewegt. Das bringt auch die Löhne ein bisschen in Schwung, was wiederum bei den Unternehmen für etwas höhere Kosten sorgt, die sich dann auch in höheren Preisen widerspiegeln werden. Wir sind aber mit Inflationsraten von weiterhin unter zwei Prozent noch immer weit entfernt von einer Überhitzung.*
4. Ist ein Ende der Hochkonjunkturphase abzusehen? *Die deutsche Wirtschaft befindet sich derzeit tatsächlich in einer Hochkonjunktur. Für das Ende des Prognosezeitraums erwarten wir jedoch ein etwas schwächeres Tempo – im Jahr 2019 dürfte das Wachstum bei 1,6 Prozent liegen. Das ist dann zwar kein ausgeprägter Abschwung,*
5. *aber eine allmähliche Normalisierung der Konjunktur nach dieser wirklich sehr kräftigen Phase in diesem und im nächsten Jahr.*
5. Wäre es an der Zeit, dass die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins langsam anhebt? *Die Konjunktur im Euroraum war zuletzt ausgesprochen robust. Auch in den einzelnen Ländern haben wir eine Aufwärtsbewegung gesehen, bei allerdings anhaltend schwieriger Situation auf dem Arbeitsmarkt. Trotzdem rechtfertigt die robuste Konjunktur aus unserer Sicht jetzt schon, dass die EZB die Zügel etwas anzieht. Das heißt, sie sollte wie geplant mit dem Abbau der Anleihekaufprogramme beginnen. Auch ein erster Zinsschritt dürfte in dieser konjunkturellen Situation, möglicherweise 2019, angemessen sein. Wobei wir auch sagen, dass die EZB sich auf solche Zinsschritte nicht vorab festlegen sollte.*
6. Wie beurteilen Sie das weltwirtschaftliche Umfeld? *Die weltwirtschaftliche Lage hat sich deutlich aufgehellt. Wir haben schon seit längerem eine relativ kräftige Dynamik in den Industrieländern, und in diesem Jahr sind auch die Schwellenländer wieder als Wachstumsmotor für die Weltwirtschaft dazugekommen. Das alles ist natürlich eine gute Grundlage für einen soliden Aufschwung der Weltwirtschaft, der auch im Euroraum zu beobachten ist.*
7. Inwieweit trübt die schwierige Regierungsbildung in Deutschland die konjunkturellen Aussichten? *Nach unserem Eindruck spielt die schwierige Regierungsbildung keine große Rolle für die aktuelle Konjunktur, sie macht aber unsere Konjunkturprognose extrem schwierig, weil wir nicht wissen, in welche Richtung die Politik in den nächsten Jahren steuern wird. Es ist glaube ich für alle Parteien klar, dass man entweder bei den Ausgaben ein bisschen was drauflegen oder die Steuerbelastung etwas reduzieren wird. Das wird die Konjunktur vermutlich ankurbeln, wir wissen aber nicht in welcher Form. Deswegen rechnen wir mehrere Szenarien durch und legen dar, wie unterschiedliche finanzpolitische Maßnahmen im Prognosezeitraum die Konjunktur beeinflussen könnten.*

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Hohe Haushaltsüberschüsse nutzen, um Wachstumschancen in der Zukunft zu erhöhen

Von Kristina van Deuverden

Die öffentlichen Kassen sind gut gefüllt und werden dies im Prognosezeitraum auch bleiben, denn die Wirtschaft brummt. Selbst die derzeitige Hochkonjunktur kann die auf Deutschland zukommenden mageren Jahre aber nur hinauszögern. Mittelfristig wird die schrumpfende, vor allem aber alternde Bevölkerung in Deutschland zu einer Bürde für die wirtschaftliche Entwicklung. Sollen die öffentlichen Haushalte dann nicht aus dem Ruder laufen, müssen die Sozialbeiträge kräftig erhöht werden, die Nettolohnentwicklung wird dann schwach sein, und die wirtschaftliche Dynamik wird schrumpfen. Die Politik muss die noch guten Zeiten nutzen. In den anstehenden Koalitionsverhandlungen sollten Maßnahmen im Mittelpunkt stehen, die dem entgegenwirken. Die Entlastung niedriger Einkommen, damit mehr Menschen in den Arbeitsmarkt eintreten wollen, und die Erhöhung investiver Ausgaben in Bauten und in Köpfe: Dies könnte die Basis für eine umfassende finanzpolitische Strategie sein, um das Produktionspotenzial zu erhöhen.

Der vorliegende Bericht gibt die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland im Detail wieder. Diese Entwicklung beruht auf den in dieser Ausgabe des DIW-Wochenberichts dargelegten gesamtwirtschaftlichen Vorhersagen für Deutschland und die Welt für die Jahre 2017 bis 2019¹.

Für die Entwicklung der öffentlichen Finanzen sind darüber hinaus eine Vielzahl diskretionärer politischer Eingriffe bestimmend. Wie diese Eingriffe in den kommenden Jahren ausgestaltet sein werden, ist in der derzeitigen politischen Situation vollkommen unklar, denn von einem Koalitionsvertrag ist die Politik noch weit entfernt. Die Prognose beruht daher auf dem derzeit geltenden Rechtsstand (Status-quo-Annahme). Dies ist zwar unbefriedigend, eine andere Vorgehensweise wäre jedoch rein willkürlich. Zudem können auf diese Weise zumindest der fiskalische Spielraum bestimmt, kritische Entwicklungen identifiziert und auf dieser Grundlage finanzpolitische Empfehlungen ausgesprochen werden.

Volle Kassen für die neue Koalition

Die Kassenlage der öffentlichen Haushalte hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter verbessert, und auch im Prognosezeitraum dürften sich hohe Überschüsse einstellen.

Die Einnahmen des Staates entwickeln sich weiter dynamisch

Die günstige Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird, wie bereits in den vergangenen Jahren, von deutlich steigenden Einnahmen getragen. Dies geht vor allem auf die Entwicklung der Steuereinnahmen – insbesondere auf die der Gewinnsteuern – zurück, die bis zuletzt

¹ Zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017), Deutsche Wirtschaft: Aufschwung hat an Breite gewonnen, wird aber an Fahrt verlieren, und Ferdinand Fichtner et al. (2017): Globaler Aufschwung bleibt vorerst intakt. DIW Wochenbericht Nr. 50.

Tabelle 1

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-) in Mrd. Euro gegenüber 2016

	2017	2018	2019
Alterseinkünftegesetz	-1,2	-2,6	-3,9
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2017 und 2018	-2,1	-5,5	-6,4
Anpassung von Grund- und Kinderfreibetrag im Jahr 2019			-1,7
Altkapitalerstattungen ²		2,3	2,3
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³	-0,8	-1,8	-1,7
Gesetz zur Umsetzung der Änderung der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen	-2,3	-5,9	-6,2
Ausweitung der Mautstrecken und LkW-Klassen ab dem 01. Juli 2018		0,7	1,7
Einführung einer Infrastrukturausgabe ⁴			0,5
Zusätzliche Mittel für investive Beschaffungen ⁵	-0,2	-0,5	-2,0
Zusätzliche Finanzmittel für die Deutsche Bahn AG ⁶	-0,9	-0,9	-0,4
Förderung des Breitbandausbaus	-0,2	-0,8	-0,8
Förderung des sozialen Wohnens ⁷	-0,4	-0,4	-0,4
Investitionsprogramm Mikroelektronik	-0,1	-0,3	-0,3
Mehrausgabe aufgrund des Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze		-0,0	-0,0
Prämie bei Kauf und Förderung von Elektro- und Hybridfahrzeugen durch den Bund	-0,1	-0,1	-0,3
Dieselgipfel		-0,6	-0,2
Mehrausgaben bei der Inneren und Äußerer Sicherheit	-1,7	-3,6	-4,8
Änderungen bei Sozialleistungen ⁸	-1,5	-1,3	-1,3
Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 01. Januar 2017 und zum 01. Januar 2018 um jeweils 0,3 Prozentpunkte und zum 01. Januar 2019 um 0,2 Prozentpunkte	-0,4	-0,9	-1,2
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01. Januar 2018 um 0,1 Prozentpunkte		-1,3	-1,3
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01. Januar 2017 um 0,2 Prozentpunkte	2,6	2,7	2,8
2. Pflegeverstärkungsgesetz	-6,5	-6,8	-6,8
Krankenhausstrukturgesetz	-0,3	-0,4	-0,5
Sonstige Maßnahmen bei den Sozialversicherungen ⁹	0,6	0,6	0,6
Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung		-1,5	-1,5
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	-0,7	-1,5	-2,3
Insgesamt	-16,1	-30,3	-36,1
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,5	-0,9	-1,0
nachrichtlich: ausgewählte Gerichtsurteile und deren Haushaltswirkung			
BVerfG-Urteil zur Verfassungswidrigkeit der Kernbrennstoffsteuer	-7,3		
EuGH-Urteil zur Berücksichtigung negativer Aktiengewinne nach § 40a KAGG und § 8b Absatz 3 KStG (STEKO-Rechtsprechung)	0,1	-1,3	-1,3
BFH-Urteil zur steuerlichen Einbeziehung von Ausbildungskosten	0,0	0,1	0,1
Umsetzung EuGH-Urteil vom 15. September 2016	-0,3	-0,2	-0,1
BFH-Urteil zu Geldleistungen für Kinder	-0,2	0,0	0,0
BFH-Urteil zur Ermittlung der zumtbaren Belastung	-0,1	-0,5	-0,1
BFH-Urteils vom 6. April 2016 zur Anrechnung ausländischer Steuern	-0,5	-0,6	-0,1
BFH-Urteil Schachtelprivileg	0,7	0,8	0,8
BFH-Urteil Bauträger	0,3	0,3	0,3
BFH-Urteile Vermittler	0,7	0,7	0,7
Insgesamt	-6,7	-0,7	0,2

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium für Gesundheit; eigene Berechnungen und Schätzungen.

Fortsetzung Tabelle 1

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-) in Mrd. Euro gegenüber 2016

- 1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.
- 2 Nach dem Übergang vom Anrechnungs- zum Teileinkünfteverfahren bestand für einen Zeitraum von zehn Jahren die Möglichkeit bei der Ausschüttung von Altkapital Steuerrückstellungen geltend zu machen. Dieser Zeitraum endet Ende 2017.
- 3 Abschaffung der Eigenheimzulage, Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes zur Erhöhung des Lohnsteuerbehalts in der Seeschifffahrt, Investmentsteuerreformgesetz, Gesetz zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zur Vermeidung von Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen; BMF-Schreiben zur Umsatzsteuerbefreiung bei der Abgabe von Zytostatika, Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes, Anhebung der Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter, Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze, Gesetz zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrechtes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Gesetz zur steuerlichen Förderung von Elektromobilität im Straßenverkehr, Verordnung der Absenkung der Steuersätze im Jahr 2017 nach § 11 Abs. 2 LuftVStAbsenkVO 2017, Gesetz zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften, Dritte Verordnung zur Änderung der Fahrzeugzulassungsverordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften.
- 4 Die Einführung der PKW-Maut dürfte mit gegenläufigen Maßnahmen bei der Kfz-Steuer verbunden sein. Die genaue Regelung lässt sich derzeit noch nicht absehen. In dieser Prognose sind daher die per saldo erwarteten Mehreinnahmen von 0,5 Mrd. Euro angesetzt.
- 5 Zusätzliche Verkehrsinfrastrukturausgaben des Bundes, zusätzliche investive Ausgaben finanzschwacher Kommunen mittels Förderung durch Bundessondervermögen, Aufstockung der Kita-Ausgaben sowie der Mittel für die außeruniversitäre Forschung aufgrund des Koalitionsvertrages; Maßnahmen gemäß Finanzplanung 2018.
- 6 Verringerung der Bahndividende und Aufstockung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn.
- 7 Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte, zusätzliche Bundesmittel für den Bereich „Soziale Stadt“.
- 8 Erhöhung der BAföG-Leistungen, Änderungen beim Wohngeld, Unterhaltsvorschussgesetz, Mehrausgaben in Zusammenhang mit Eingliederungsmaßnahmen u.a., Integrationsgesetz, Rentenangleichung der Ost- an die Westrenten.
- 9 Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention, GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, Hospiz- und Palliativgesetz, Gesetz zur Stärkung der Hilfs- und Heilmittelversorgung.

© DIW Berlin 2017

sehr kräftig zugenommen haben. In den kommenden Jahren wird ihre Dynamik allerdings merklich geringer sein. So liegt das Aufkommen bei der Abgeltungsteuer trotz der noch immer niedrigen Zinseinkommen derzeit über 20 Prozent höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dies deutet auf hohe Veräußerungsgewinne hin, die sich in diesem Umfang wohl nicht wiederholen werden, und das Aufkommen der Abgeltungsteuer dürfte im Prognosezeitraum sinken. Auch die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer sind in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres weiter kräftig gestiegen. Bis zuletzt wurde diese Entwicklung vor allem von Vorauszahlungen auf den für das Jahr erwarteten Gewinn getragen.² Trotz der kräftig expandierenden Gewinne im kommenden Jahr dürfte die veranlagte Einkommensteuer im Prognosezeitraum aber weniger stark zulegen. Dazu tragen zum einen Steuerrechtsänderungen bei, zum anderen werden die Erstattungen wohl zunehmen. Die Körperschaftsteuer dürfte im kommenden Jahr hingegen nochmals stärker zulegen, denn die Übergangsfrist für die Anrechnung von Steuerzahlungen bei Altkapitalausschüttungen endet Ende 2017.³ Die Lohnsteuer wird im kommenden Jahr

etwas weniger kräftig zunehmen als in den vergangenen Jahren. Zwar steigen die Löhne je ArbeitnehmerIn und mit ihnen die progressionsbedingten Mehreinnahmen spürbar. Der Beschäftigungsaufbau flacht sich aber ab, so dass die Lohnsumme insgesamt nicht mehr so stark steigt. Im Jahr 2019 führen die progressionsbedingten Mehreinnahmen trotz nochmals geringerem Anstieg der Lohnsumme insgesamt dazu, dass die Lohnsteuer wieder stärker zunimmt. Dabei wird die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens in allen Jahren durch Anhebungen von Grund- und Kinderfreibetrag gedämpft (Tabelle 1).⁴

Die Entwicklung der indirekten Steuern wird vor allem durch die Steuern vom Umsatz bestimmt. Diese haben in den vergangenen Monaten spürbar zugelegt. Darin spiegelt sich die kräftige Zunahme des nominalen Konsums wider. Im weiteren Prognosezeitraum, wenn die Entwicklung des privaten Verbrauchs etwas gedämpfter verläuft, steigen auch die Steuern vom Umsatz weniger stark.⁵

mindereinnahmen einhergehen dürften. Solche Urteile werden in den VGR nicht zum Zeitpunkt des Steuerausfalls, sondern zum Zeitpunkt des Urteils berichtet.

4 Gemäß der dieser Prognose zugrunde gelegten Status-quo-Annahme ist auch für das Jahr 2019 eine Anhebung von Grund- und Kinderfreibetrag unterstellt. Diese Freibeträge sollen das Existenzminimum steuerfrei stellen und müssen nach der Verfassung dann angehoben werden, wenn dies nicht mehr gewährleistet ist. In der Regel geht eine Anhebung des Kinderfreibetrags aber mit einer Erhöhung des Kindergelds einher. Letzteres ist nach der Verfassung nicht vorgeschrieben und wurde in dieser Prognose daher auch nicht unterstellt.

5 Die Einnahmen aus den indirekten Steuern sind in Abgrenzung der VGR im laufenden Jahre deutlich höher als in finanzstatistischer Abgrenzung. Nach einem Urteil war die Kernbrennstoffsteuer als nicht verfassungsgemäß eingestuft worden. Dies hatte in finanzstatistischer Abgrenzung Steuermindereinnahmen in Höhe von 7,3 Milliarden Euro zur Folge, in Abgrenzung der VGR erhöht die Rückzahlung hingegen die Staatsausgaben.

2 Im vierten Quartal könnten Sondereffekte dazu führen, dass die Einnahmen bei der Körperschaftsteuer deutlich hinter dieser Prognose zurückbleiben. Automobilkonzerne dürften in der zweiten Jahreshälfte steuerliche Rückstellungen für etwaige Schadensersatzansprüche und für freiwillige Leistungen an ihre Kunden gebildet haben. Ebenfalls in der zweiten Jahreshälfte sahen die Rückversicherer sich mit ungewöhnlich hohen Ausgaben aufgrund von Unwettern konfrontiert. Es ist nicht auszuschließen, dass betroffene Kapitalgesellschaften im vierten Quartal wegen der nach unten korrigierten Gewinnerwartungen nicht nur ihre Vorauszahlungen im laufenden Quartal reduzieren, sondern auch bereits in den ersten drei Quartalen geleistete Zahlungen wieder zurückholen.

3 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden die direkten Steuern dabei stärker zulegen als in kassenmäßiger Abgrenzung, da im Prognosezeitraum Gerichtsurteile aus dem Jahr 2014 mit Steuer-

Die Sozialbeiträge nehmen seit einigen Jahren kräftig zu, denn die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse hat merklich zugelegt. Im laufenden Jahr wurde zudem der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung angehoben. Alles in allem steigen die Beitragseinnahmen im Jahr 2017 deshalb nochmals genauso kräftig wie im Vorjahr. In den kommenden Jahren werden sie hingegen verhaltener zunehmen, denn der Beschäftigungsaufbau verliert etwas an Tempo. Im kommenden Jahr wird zudem der kumulierte Beitragssatz zur Sozialversicherung zurückgehen, denn aufgrund der voraussichtlichen Finanzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung wird der Beitragssatz zu Beginn des Jahres um 0,1 Prozentpunkte zurückgeführt.⁶ Für die gesetzliche Krankenversicherung wird nach der offiziellen Schätzung erwartet, dass der durchschnittliche Zusatzbeitrag im kommenden Jahr ebenfalls um 0,1 Prozentpunkte zurückgehen wird. Diese Senkung wäre auch bei der in den Wintergrundlinien des DIW Berlin prognostizierten Entwicklung möglich. Dennoch wird davon ausgegangen, dass der durchschnittliche Zusatzbeitrag konstant bleibt: Eine geringfügige Senkung der Beitragsbelastung dürfte für eine einzelne Krankenkasse ein nur schwaches Argument im Wettbewerb um zusätzliche Versicherte sein. Die Finanzlage würde aber umso eher und umso stärker die – vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung unvermeidliche – Erhöhung des eigenen Zusatzbeitrages erfordern. Dies wiederum dürfte Versicherte darüber nachdenken lassen, die Kasse zu wechseln, und birgt daher die Gefahr eines Mitgliederverlustes.

Die anderen Einnahmen des Staates nehmen im laufenden Jahr nur wenig zu. Zum einen fiel der im Jahr 2017 vereinnahmte Bundesbankgewinn deutlich geringer aus als in Vorjahren. Zudem sinken die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer. Dies ist eine Folge davon, dass viele Steuerpflichtige in Erwartung eines Urteils zur Erbschaft- und Schenkungsteuer Vermögensübergänge in das Jahr 2014 vorgezogen hatten. Die Veranlagung dieser Fälle zog sich bis in das laufende Jahr hinein und erhöhte das Steueraufkommen. Mit dem Wegfall dieser Mehreinnahmen und auch weil künftige Vermögensübergänge vorgezogen worden sind, dürften die Erbschaftsteuereinnahmen im kommenden Jahr nochmals sinken. Zudem wird der ausgeschüttete Bundesbankgewinn wohl nur wenig steigen. Die übrigen Einnahmen nehmen daher auch im kommenden Jahr verhalten zu. Wenn die dämpfenden Effekte geringer ausfallen und die Verkäufe wegen der Mitte 2018 anstehenden Auswei-

zung der LKW-Maut und der für 2019 geplanten Einführung einer Infrastrukturabgabe stärker zunehmen, werden die sonstigen Einnahmen wieder kräftiger zulegen.⁷

Alles in allem werden die Einnahmen des Staates im laufenden Jahr um 4,5 Prozent, im kommenden um 3,0 Prozent und im Jahr 2019 um 3,7 Prozent steigen.

Die Ausgaben steigen auf breiter Front

Die Staatsausgaben legen im laufenden Jahr zwar etwas weniger zu als im Jahr 2016, als die Flüchtlingszuwanderung zu einem merklichen Anstieg führte; bereinigt um diesen Sondereffekt ist ihre Dynamik aber im gesamten Prognosezeitraum hoch. So werden die Vorleistungskäufe – ohne migrationsbedingte Mehrausgaben im Vorjahr – in allen Jahren kräftig expandieren. Zum einen ist die Haushaltslage gut und der Ausgabenkurs dürfte gelockert werden. Zum anderen wird ein Teil der im Kommunalinvestitionsförderungsfonds für die Schulinfrastruktur bereitgestellten Mittel in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) wohl als Sachaufwand berichtet werden. Demgegenüber nehmen die Sozialen Sachleistungen gemessen an ihrem langfristigen Trend derzeit relativ verhalten zu, und dies obwohl die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung zu Beginn dieses Jahres kräftig ausgeweitet worden sind. Der verhaltene Anstieg liegt nicht allein am Wegfall flüchtlingsbedingter Mehrausgaben. Vielmehr ist die derzeit schwache Entwicklung wohl Reflex struktureller Veränderungen im Versichertenbestand, die dazu geführt haben, dass das Durchschnittsalter der bei den gesetzlichen Krankenkassen Versicherten gesunken ist.⁸ Dazu dürfte auch die hohe Zuwanderung in den vergangenen Jahren beigetragen haben, so dass der Trend eines immer älter werdenden Kreises von Versicherten vorübergehend überlagert wird.

Die Arbeitnehmerentgelte expandieren im laufenden Jahr nochmals so deutlich wie im Vorjahr, vor allem weil die Zahl der Beschäftigten wieder merklich steigt. Für den Prognosezeitraum ist unterstellt, dass die tariflich vereinbarten Löhne bei den Neuverhandlungen in den Jahren 2018 und 2019 etwas kräftiger zulegen als im Jahr 2017 und dass diese Abschlüsse zeitverzögert und

⁶ Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung muss angepasst werden, wenn die Nachhaltigkeitsrücklage am Ende des kommenden Jahres voraussichtlich das 0,3-fache einer Monatsausgabe unter- oder das 1,5-fache überschreitet.

⁷ Die genaue Ausgestaltung der Infrastrukturabgabe ist derzeit noch unklar. Sie wird zu Mindereinnahmen bei der Kraftfahrzeugsteuer und Mehreinnahmen bei den Verkäufen führen. Per saldo sollen die Einnahmen um 0,5 Milliarden Euro steigen. In der vorliegenden Prognose sind die Verkäufe um diesen Nettoeffekt erhöht, tatsächlich werden sie um mehr steigen; dies senkt den Staatskonsum. Auf der anderen Seite werden die Einnahmen bei der Kraftfahrzeugsteuer geringer sein und der private Konsum wird höher sein. Die gewählte Vorgehensweise hat damit weder Auswirkungen auf den Finanzierungssaldo des Staates noch die Höhe des Bruttoinlandsprodukts.

⁸ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Krankenversicherung schwimmt im Geld, 23. November 2017, 15.

wegen weiterer Zuführungen zu Versorgungsrücklagen mit Abschlägen auf die Beamten übertragen werden. Wie im laufenden Jahr dürfte die Zahl der Beschäftigten – auch in Folge zusätzlicher Ausgaben für die Innere und Äußere Sicherheit – im Jahr 2018 nochmals kräftiger zulegen. Im Jahr 2019 dürfte der Personalbestand dann etwas verhaltener ausgeweitet werden. Alles in allem werden die Arbeitnehmerentgelte damit im kommenden Jahr in etwa mit dem gleichen Tempo wie im laufenden Jahr expandieren; im Jahr 2019 werden sie etwas weniger steigen.

Die monetären Sozialleistungen werden merklich zulegen. Zwar steigen die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung nicht mehr so stark wie im vergangenen Jahr, als die Renten wegen eines statistischen Sondereffekts besonders kräftig angehoben worden waren. Die Rentenanpassungen werden im Prognosezeitraum im langjährigen Vergleich angesichts der Lohnentwicklung aber spürbar bleiben, und die Zahl der Rentenbezieher nimmt weiter zu. Auch die Beamtenpensionen dürften in allen Jahren des Prognosezeitraums kräftig zulegen. In den Jahren 2017 und 2018 wird zudem das Kindergeld erhöht.⁹ Die Ausgaben für Arbeitslosengeld II sind im Jahr 2017 sehr kräftig gestiegen, denn im Laufe des Jahres haben immer mehr der in Deutschland schutzsuchenden Menschen Ansprüche auf diese Transferleistung erhalten. Aus diesem Grund werden die Ausgaben für Arbeitslosengeld II auch im kommenden Jahr nochmals deutlicher zulegen, im Jahr 2019 steigen sie dann nur noch wenig. Demgegenüber werden die Ausgaben für Arbeitslosengeld im Prognosezeitraum bei nach wie vor zurückgehender Arbeitslosigkeit weiter sinken.

Die sonstigen Transfers gehen im laufenden Jahr deutlich zurück. Dies liegt daran, dass die Abführungen an die EU aufgrund saldenmechanischer Anpassungen im Januar 2017 wegen einmaliger Rückzahlungen um 4,7 Milliarden Euro gemindert wurden.¹⁰ In den kommenden zwei Jahren werden die EU-Abführungen kräftig steigen.¹¹ Im Prognosezeitraum dürften weiterhin

vermehrt Mittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen fließen. Alles in allem werden die sonstigen Transfers somit in den Jahren 2018 und 2019 deutlich expandieren.

Die Zinsausgaben des Staates waren bis zuletzt rückläufig. Zum einen werden noch immer höher verzinsliche Papiere refinanziert. Zum anderen konnte der Staat bei der Emission von Anleihen weiterhin Disagios realisieren. Außerdem waren die Rückstellungen für inflationsindexierte Staatspapiere in Anbetracht der Verbraucherpreisentwicklung sehr niedrig. Hinzu kommt auch, dass die Staatsverschuldung seit dem Jahr 2010 sinkt. Auch im Prognosezeitraum dürften die Zinsausgaben weiter zurückgehen, denn auslaufende Staatstitel können auch bei leicht höherem Zinsniveau weiter zu günstigeren Konditionen refinanziert werden. Die damit verbundenen Entlastungen wie auch die Ersparnisse aufgrund von Disagios werden aber geringer. Erhöhend wirkt, dass der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) im Prognosezeitraum stärker steigen wird, wodurch höhere Rücklagen für inflationsindexierte Papiere gebildet werden müssen.

Die Ausgaben des Staates für Bruttoinvestitionen haben mittlerweile ein recht hohes Niveau erreicht und werden im Prognosezeitraum weiter zunehmen. So ist die Haushaltslage gut, und der Bund stellt mehr Mittel für Verkehrsinvestitionen bereit. Zudem hat er auf Grundlage des neuen grundgesetzlichen Mitfinanzierungsstatbestands des Bundes für Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen den Kommunalinvestitionsförderungsfonds um 3,5 Milliarden Euro aufgestockt.¹² Die Ausrüstungsinvestitionen des Staates dürften zudem von Mehrausgaben für die Innere und Äußere Sicherheit profitieren und auch von den für Städte und Kommunen bereitgestellten zusätzlichen Mitteln zur Verbesserung der Luftqualität.

Die geleisteten Vermögenstransfers, die bereits im vergangenen Jahr um mehr als 20 Prozent gestiegen sind, werden im laufenden Jahr nochmals zunehmen, bevor sie im kommenden Jahr um knapp 17 Prozent sinken. Diese Schwankungen gehen auf Sondereffekte zurück. Im vergangenen Jahr waren hier 2 1/2 Milliarden Euro in Zusammenhang mit Garantieabrufen verausgabt worden, in diesem Jahr führte das Gerichtsurteil zur Verfassungswidrigkeit der Kernbrennstoffsteuer zu Ausgaben von 7,1 Milliarden Euro.

⁹ Da die Verfassung lediglich eine steuerliche Freistellung des Existenzminimums fordert, wird in dieser Prognose für das Jahr 2019 nur die Anhebung von Grund- und Kinderfreibetrag angenommen und gemäß der Status-quo-Annahme eine Kindergelderhöhung nicht unterstellt, wogegen dies im politischen Prozess nur wenig wahrscheinlich ist.

¹⁰ Im Jahr 2014 führte die Generalrevision der VGR dazu, dass die relative Wirtschaftsleistung der einzelnen EU-Mitgliedsländer deutlich anders eingeschätzt wurde. Die Eigenmittel auf Basis des Bruttonationaleinkommens (BNE) mussten daher neu berechnet werden. Zu Beginn des laufenden Jahres wurden die aus dieser Neuberechnung resultierenden Rückzahlungen an Deutschland vereinnahmt und die EU-Eigenmittel damit einmalig reduziert.

¹¹ Dabei wird zur Berechnung der an die EU abzuführenden Eigenmittel der heutige Rechtsstand zugrunde gelegt. Wenn die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU endet, werden die zu leistenden EU-Eigenmittel der Mitgliedstaaten neu berechnet werden müssen.

¹² Mittel aus dem Fonds, der mit insgesamt sieben Milliarden Euro ausgestattet ist, können aber bis ins Jahr 2021 abgerufen werden und dürften vermehrt erst gegen Ende dieses Förderzeitraums verausgabt werden. Ein Großteil dieser Finanzmittel dürfte, wogegen investiven Charakters, zudem bei den staatlichen Konsumausgaben berichtet werden.

Tabelle 2

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2000 bis 2019

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	nachrichtlich: Zinssteuer- quote ²	Schuldenstand nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2000 ³	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,5	13,5	58,9
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0	57,7
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	-3,9	14,1	59,4
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	-4,2	13,8	63,1
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	-3,7	13,5	64,8
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	-3,4	13,2	67,0
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	-1,7	12,5	66,5
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9	63,7
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	-0,2	11,8	65,1
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	-3,2	11,8	72,6
2010 ⁴	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	-4,4	11,6	80,9
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4	78,6
2012	44,3	22,5	16,5	44,3	2,3	2,2	0,0	10,2	79,8
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	2,0	2,1	-0,1	8,6	77,4
2014	44,6	22,8	16,4	44,3	1,7	2,0	0,3	7,7	74,6
2015	44,5	22,9	16,5	43,9	1,5	2,1	0,6	6,7	70,9
2016	45,0	23,3	16,7	44,2	1,3	2,1	0,8	5,7	68,1
2017	45,3	23,6	16,8	43,8	1,2	2,1	1,5	5,1	64,5
2018	44,9	23,3	16,7	43,5	1,2	2,1	1,4	5,0	61,0
2019	45,0	23,4	16,8	43,5	1,1	2,1	1,5	4,7	57,8

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

3 Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).

4 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen; 2017, 2018 und 2019: eigene Prognose.

© DIW Berlin 2017

Alles in allem werden die Ausgaben des Staates in diesem Jahr um 3,1 Prozent, im kommenden um 3,2 Prozent und im Jahr 2019 um 3,3 Prozent steigen.

Hohe Finanzierungsüberschüsse nach geltender Rechtslage

Auf Basis der für diese Projektion zu Grunde gelegten gegenwärtigen Rechtslage werden die öffentlichen Haushalte in allen drei Jahren mit hohen Überschüssen abschließen. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt der Finanzierungssaldo im laufenden Jahr bei 1,5 Prozent; im Jahr 2018 wird er bei 1,4 Prozent und im Jahr 2019 bei 1,5 Prozent liegen (Tabelle 2). In konjunkturell bereinigter Betrachtung liegt er im laufenden Jahr bei 1,1 Prozent. Im Jahr 2018 wird er auf 0,8 Prozent sinken und im Jahr 2019 auf 1,0 Prozent steigen. Der strukturell bereinigte Finanzierungssaldo liegt damit

bei 35,5 Milliarden Euro im Jahr 2019 (Tabelle 3). Dabei wird der fiskalpolitische Spielraum allerdings überzeichnet, denn die auf das niedrige Zinsniveau zurückgehenden Ersparnisse werden als dauerhaft interpretiert.¹³ Die Schuldenstandsquote in Abgrenzung des Maastrichter Vertrages geht weiter zurück. Sie sinkt im laufenden Jahr auf 64,5 Prozent und wird im Jahr 2019 bei 57,8 Prozent liegen.¹⁴

¹³ Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat die Zinsersparnisse des Bundes 2015 auf 7 ½ Milliarden Euro geschätzt. Vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2017), Herausforderungen der Niedrigzinsphase für die Finanzpolitik, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen.

¹⁴ Bei der Veränderung der Schuldenstandsquote muss beachtet werden, dass die im Bundeshaushalt gebildete Rücklage zur Abfederung der durch die hohe Flüchtlingsmigration im Jahr 2016 bedingten Kosten bis zu ihrer Auflösung und Verausgabung den Schuldenstand des Staates senkt.

Diese Zahlen signalisieren damit einen im historischen wie im internationalen Vergleich ungewöhnlich großen finanzpolitischen Spielraum und bilden somit eine komfortable Ausgangslage für die anstehenden Koalitionsverhandlungen.

Warum die neue Regierung trotzdem nicht aus dem Vollen schöpfen sollte

Bei der Interpretation der derzeit guten gesamtstaatlichen Zahlen muss allerdings zweierlei beachtet werden. Zum einen werden – und dies in einer Situation wirtschaftlicher Überauslastung, in der die automatischen Stabilisatoren Einnahmen steigen und Ausgaben sinken lassen – noch immer nicht alle Haushalte ausgeglichen oder gar im Überschuss sein. Zum anderen sind alle Kennziffern lediglich eine Momentaufnahme, künftige Entwicklungen werden nicht oder – soweit strukturell bereinigt – nur unvollkommen abgebildet.

Gebietskörperschaften: in ruhigem Fahrwasser, aber strukturelle Verbesserungen nach wie vor nötig

Insgesamt stellt die Haushaltslage von Bund, Ländern und Kommunen sich derzeit gut dar. Der Bund schließt seit dem Jahr 2014 mit einem Überschuss ab. Die haushaltspolitischen Spielräume sind allerdings bei weitem nicht so groß wie zurzeit häufig angeführt (Kasten). Die Ländergesamtheit kann seit dem Jahr 2015 einen Überschuss erwirtschaften. Im Jahr 2016 konnte selbst Bremen, das seit fast zwei Jahrzehnten aufgrund seiner Haushaltssituation besondere Zuweisungen aus der Bundeskasse erhält, schwarze Zahlen schreiben. Im laufenden Jahr wird der Überschuss auf Länderebene nochmals deutlich zunehmen. Diese hohen Überschüsse sind allerdings auch Reflex der Finanzhilfen, die der Bund den Ländern und Gemeinden infolge der Flüchtlingsmigration im Jahr 2015 gewährt. In vielen Ländern ist die gute Haushaltsentwicklung zudem wesentlich auf die der brummenden Konjunktur folgende dynamische Entwicklung der Steuereinnahmen zurückzuführen. Damit werden die Überschüsse im Prognosezeitraum recht hoch bleiben. Selbst in der derzeitigen Phase der Hochkonjunktur schreiben einige Länder rote Zahlen, darunter das bevölkerungsreiche Nordrhein-Westfalen. Strukturelle Konsolidierung ist also teilweise immer noch nötig.

Gleiches gilt für die kommunale Ebene. Auch die Gemeinden insgesamt konnten ihre Überschüsse zuletzt kräftig erhöhen. Dies ist auch die Folge von Maßnahmen, die Finanzausstattung der kommunalen Ebene zu verbessern. Dennoch wird eine Vielzahl von Kommunen selbst in der derzeitigen Boomphase mit einem Defizit abschließen. Notorisch finanzschwachen Gemein-

Tabelle 3

Entwicklung ausgewählter Haushaltssalden

In Milliarden Euro

	Nominaler Finanzierungssaldo	Struktureller Finanzierungssaldo
2000	18,2	-52,1
2001	-67,9	-89,3
2002	-87,1	-91,9
2003	-92,7	-74,8
2004	-84,9	-67,7
2005	-78,6	-55,8
2006	-41,2	-49,3
2007	4,7	-31,1
2008	-4,5	-38,7
2009	-79,6	-21,2
2010	-108,9	-94,1
2011	-25,9	-42,9
2012	-0,9	-5,8
2013	-3,7	6,0
2014	9,5	12,6
2015	19,4	17,7
2016	25,9	20,5
2017	47,4	35,8
2018	46,0	25,9
2019	54,1	36,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Schätzungen.

© DIW Berlin 2017

den, die sich seit Jahren nur mit Kassenkrediten finanzieren, stehen Kommunen gegenüber, deren Finanzlage gut ist. Während sich der Investitionsbedarf bei den einen immer mehr aufstaut und auch weiterhin nicht befriedigt werden dürfte, können andere neue Spaßbäder errichten. Die zusätzlichen Bundesmittel für Investitionen finanzschwacher Kommunen sind lediglich ein erster Ansatz; auch hier besteht noch immer struktureller Handlungsbedarf.

Die Überschüsse sind derzeit aber auch deshalb so hoch, weil das Zinsniveau außergewöhnlich niedrig ist. Der auf die geringen Zinsausgaben zurückgehende Teil der Überschüsse steht damit zwar – anders als der durch konjunkturelle Faktoren verursachte – für politische Maßnahmen zur Verfügung. Dieser Teil darf aber nur temporär verausgabt werden.

Vor allem aber spiegelt die derzeitige Haushaltslage nicht die sich aus der demografischen Entwicklung ergebende Belastung wider. In einigen Jahren werden die Gebietskörperschaften infolge des mit dem schrumpfenden Erwerbspersonenpotential zurückgehenden potentiellen Wirtschaftswachstums einer nachlassenden Dyna-

Kasten

Spielraum im Bundeshaushalt deutlich geringer als erwartet

Bis konkrete Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene beginnen, dürfte noch etwas Zeit vergehen. Wenn die Politiker verschiedener Parteien aber zusammentreffen, um auszuhandeln, welche Maßnahmen die Politik in dieser Legislaturperiode ergreifen will, wird die Frage im Raum stehen, in welchem Umfang Maßnahmen finanzierbar sind. Dafür ist neben der Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts die des Bundeshaushalts entscheidend.

Im Sommer 2017 hat die bisherige Regierung den Entwurf für den Bundeshaushalt 2018 vorgelegt; eine Beschlussfassung über den Haushalt wird – obgleich das Haushaltsgesetz Ende des Jahres beschlossen sein sollte – verschoben, bis eine neue Regierung im Amt ist.¹

Um den haushaltspolitischen Spielraum auf Bundesebene zu bestimmen, wird der Regierungsentwurf für das Jahr 2018 zugrunde gelegt, also wieder eine Art Status-quo-Annahme getroffen und davon ausgegangen, dass die im Entwurf für den Bundeshaushalt angelegten finanzpolitischen Planungen der bisherigen Regierung umgesetzt werden. Einnahme- und Ausgabepositionen, die durch die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst werden, werden allerdings an die Konjunkturprognose des DIW Berlin angepasst. Dies sind vor allem die Steuereinnahmen, aber auch Ausgaben für Arbeitslosengeld II sowie Leistungen für Kosten der Unterkunft an Kommunen oder Personalausgaben. Auch die bei Haushaltsaufstellung erwarteten Zinsausgaben werden an das vom DIW Berlin erwartete Zinsniveau oder den erwarteten HVPI angepasst.

Unter Berücksichtigung dieser gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen fällt bei gegebenen Planungen der Ausgabenanstieg etwas geringer aus, und die Steuereinnahmen dürften nach der hier zu Grunde gelegten Prognose um vier Milliarden Euro höher sein als im Regierungsentwurf. Die bisherigen Planungen des Bundes zielten auf die Einhaltung der „schwarzen Null“. Dafür war im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2018 eine Entnahme aus der im Jahr 2015 für Kosten der Flüchtlingsmigration gebildeten Rücklage eingeplant. Wie bereits in den Jahren 2016 und voraussichtlich 2017 wäre es bei der unterstellten wirtschaftlichen Entwicklung wieder nicht nötig, Gelder aus der Rücklage zu entnehmen, und es ergäbe sich ein Haushaltsüberschuss von 400 Millionen Euro.

In einer Phase der Hochkonjunktur und bei extrem niedrigen Zinsen signalisiert ein Plus von 400 Millionen Euro keinen finanzpolitischen Spielraum. Spielraum besteht allein in der Auflösung der Rücklage. Da die zusätzlichen Finanztransfers an die Länder aber zeitlich begrenzt sind und auch die Zuführungen an die Sondervermögen im Jahr 2018 noch immer recht hoch sind wird der fiskalische Spielraum im späteren mittelfristigen Finanzplanungszeitraum etwas höher sein. Für dauerhafte Politikmaßnahmen ist die Manövriermasse im Bundeshaushalt selbst aber eher gering.

Tabelle

Entwicklung des Bundeshaushalts
in Milliarden Euro

	Soll	Regierungsentwurf	auf Grundlage DIW-Konjunktur- prognose
	2017	2018	2018
Ausgaben	329,1	337,5	340,2
<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent</i>	3,8	2,6	0,8
Einnahmen	329,1	337,5	340,6
<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent</i>	2,2	2,6	0,9
davon: Steuereinnahmen	301,0	308,8	312,3
davon: Entnahmen aus der Rücklage	6,7	8,2	0,0
Nettokreditaufnahme	–	–	–0,4
um Entnahmen aus der Rücklage bereinigte Einnahmen	322,4	329,3	340,6
um Entnahmen aus der Rücklage bereinigte Nettokreditaufnahme	–6,7	–8,2	

Quelle: Bundesregierung, eigene Berechnungen

© DIW Berlin 2017

¹ Für die Prognose wurde angenommen, dass ein Haushaltsgesetz wohl Mitte kommenden Jahres beschlossen sein dürfte. Diese Annahme hat Auswirkungen auf die in dieser Ausgabe des DIW Wochenberichts vorgelagte Konjunkturprognose. Wegen der vorläufigen Haushaltsführung liegen die Ausgaben im ersten Halbjahr 2018 in etwa auf Vorjahresniveau. Die Ausgabenaufwüchse werden dann in der zweiten Jahreshälfte nachgeholt.

mik bei den Steuereinnahmen gegenüberstehen; der Bund wird zudem durch die Entwicklung des allgemeinen Bundeszuschusses direkt an den fiskalischen Kosten der Alterung beteiligt sein. Dies wird zwar für sich genommen die Überschüsse bei den Gebietskörperschaften kaum reduzieren; der haushaltspolitische Spielraum ist aber deutlich geringer als häufig angenommen: Bei den Sozialversicherungen wird die Finanzlage sich deutlich verschlechtern.

Sozialversicherungen: Ruhe vor dem Sturm

Die Sozialversicherungen wurden in den vergangenen Jahren dadurch entlastet, dass die Beschäftigung spürbar und nahezu ausschließlich im sozialversicherungspflichtigen Bereich aufgebaut wurde. Die gesetzliche Rentenversicherung konnte im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs davon profitieren, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten schneller als die Zahl der Rentenbezieher expandierte, und der Beitragssatz konnte mehrfach gesenkt werden. Spätestens wenn die sogenannten Baby-Boomer das gesetzliche Renteneintrittsalter erreichen, wird sich diese Entwicklung aber umkehren. Im aktuellen Rentenversicherungsbericht geht die Bundesregierung davon aus, dass bei mittlerer Lohn- und Beschäftigungsentwicklung der Beitragssatz erstmalig im Jahr 2024 angehoben werden muss – und zwar um kräftige 1,1 Prozentpunkte.¹⁵ Er wird von 18,6 Prozent im Jahr 2018 auf knapp 22 Prozent im Jahr 2031 anziehen. Dieser deutliche Anstieg der Abgabenbelastung beruht auf geltendem Rentenrecht, wird also bereits durch eine weitere Rückführung des Rentenniveaus abgefedert.

Die gesetzlichen Krankenversicherungen konnten im laufenden Jahr wohl von Strukturverschiebungen bei den Versicherten profitieren, und der Ausgabenanstieg war recht verhalten. Von Dauer wird dieser Trend aber nicht sein, und mit zunehmender Alterung der Bevölkerung werden die Ausgaben kräftig expandieren. Nach und nach werden die Zusatzbeiträge deutlich angehoben werden müssen, und auch beim Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung werden langfristig Anhebungen notwendig sein.

Gut aufgestellt ist einzig die Bundesagentur für Arbeit, die wie alle anderen Versicherungszweige auf der Einnahmenseite von der Beschäftigungsentwicklung profitiert und deren Ausgaben nicht von der Alterung der Bevölkerung getrieben werden. Sie konnte in den vergangenen Jahren ihr Vermögen merklich aufstocken, und es sollte mittlerweile ausreichen, in einer Abschwung-

phase konjunkturell bedingter Defizite zu finanzieren. Damit kann eine Senkung des Beitragssatzes angedacht werden, auch weil ein weiterer Vermögensaufbau in der jetzigen Niedrigzinsphase vermutlich kaum Erträge abwerfen dürfte.

Finanzpolitische Handlungsoptionen

Alles in allem ist es aber unausweichlich, dass die Sozialbeiträge in naher Zukunft angehoben werden müssen – und zwar kräftig.¹⁶ Die Abgabenbelastung für den Produktionsfaktor Arbeit, die im internationalen Vergleich ohnehin hoch ist,¹⁷ wird deutlich zulegen. Dies bedeutet, dass die Nettoeinkommen nur noch mit geringen Raten steigen, wodurch die Nachfrage der privaten Haushalte gedämpft wird. Die hohe Abgabenbelastung mindert die Bereitschaft, Arbeit aufzunehmen, und das Erwerbspersonenpotential, das durch die schrumpfende Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter ohnehin zurückgehen wird, sinkt noch weiter. Eine auf Wachstum ausgerichtete Politik sollte Maßnahmen ergreifen, den Anstieg der Beitragssätze soweit wie möglich zu begrenzen. So sollten die Sozialversicherungen versicherungsfremde – also im gesamtgesellschaftlichen Interesse liegende – Leistungen nicht länger aus ihren Beiträgen finanzieren müssen, sondern ausreichend Steuerzuschüsse bekommen.

Die hohe Belastung mit Sozialbeiträgen dürfte zudem besonders bei Personen, die am Arbeitsmarkt nur geringe Einkommen erwirtschaften können, ein Hemmnis für die Arbeitsaufnahme sein. Während die Belastung mit Steuern bei niedrigen Einkommen eher gering ist, fallen die Beiträge zu den Sozialversicherungen ab einem Einkommen von monatlich 850 Euro in voller Höhe an. Zudem ist die zusätzliche Versicherungsleistung, die mit der relativ hohen Belastung niedriger Einkommen verbunden ist, recht gering. Personen, die Transferleistungen erhalten, sind ohnehin krankenversichert, und die erworbenen Rentenansprüche sind so niedrig, dass die Grundsicherung in den Jahren des Rentenbezugs kaum überschritten werden dürfte. Um die Anreize für die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu erhöhen, könnten Freibeträge oder reduzierte Beitragssätze beschlossen werden. Damit würde allerdings eine neue versicherungsfremde Leistung begründet, für die der Bund ebenfalls steuerfinanzierte Zuschüsse an die Sozialversicherungen leisten sollte.

¹⁶ Vgl. Kristina van Deuverden (2016), Öffentliche Finanzen bis 2025: nur auf den ersten Blick günstig, DIW Wochenbericht Nr. 50, 1193-1202 (online verfügbar, abgerufen am 7. Dezember 2017). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

¹⁷ Vgl. Kristina van Deuverden (2015), Finanzpolitik: Der richtige Mix von Steuern und Sozialabgaben hat Priorität! DIW Wochenbericht Nr. 26, 608-619 (online verfügbar).

¹⁵ Vgl. Bundesregierung, Rentenversicherungsbericht 2017, 37.

Eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags, die bei vielen zurzeit weit oben auf der Prioritätenliste steht, mindert zwar die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit. Allerdings wird der Solidaritätszuschlag nicht nur von privaten Haushalten, sondern auch von Unternehmen gezahlt. Seine Abschaffung würde zudem zum größten Teil Bezieher höherer und sehr hoher Einkommen entlasten;¹⁸ Niedriglohnbezieher, für die die marginale Abgabenbelastung am höchsten ist, profitieren davon nicht. Gleichwohl spricht vieles dafür, dass diese Sonderabgabe dreißig Jahre nach der Vereinigung nur noch schwer zu rechtfertigen und dass seine Begründung spätestens Ende des Jahres 2019 mit Auslaufen des Solidarpaktes entfällt.¹⁹ Statt die Abschaffung des Solidaritätszuschlags aber für eine allgemeine Steuersenkung zu nutzen, sollte er im Rahmen einer grundlegenden Reform der Einkommensteuern, die auch verteilungspolitischen Aspekten Rechnung trägt, in diese integriert werden. Eine solche Reform sollte aber nicht auf Mindererlöse abzielen. Der Bund bedarf ausreichender haushaltspolitischer Spielräume für eine Erhöhung der steuerfinanzierten Zuschüsse an die Sozialversicherungen, und einzelne Länder liefen Gefahr, bald gegen die Schuldenbremse zu verstoßen.

18 Stefan Bach und Michelle Harnisch (2017), Steuerpolitik zwischen Jamaika und GroKo 3.0: untere und mittlere Einkommen gezielt entlasten. DIW Aktuell Nr. 6 (online verfügbar).

19 Der Solidaritätszuschlag ist ein Zuschlag zu den Einkommensteuern, der allein dem Bund zusteht und einen besonderen und vorübergehenden Finanzierungsbedarf des Bundes decken soll. Dauerhafte Finanzierungsbedarfe sind mit den übrigen Steuern oder über eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung für die einzelnen staatlichen Ebenen zu decken.

Kristina van Deuverden ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

JEL: H3, H6, E6

Keywords: public finance, fiscal policy, outlook

Umfassende finanzpolitische Strategie zur Erhöhung des Produktionspotenzials einleiten

Die öffentlichen Kassen quellen derzeit über. Dies dürfte Koalitionsverhandlungen erleichtern. Es birgt aber auch Gefahren. Ein Drittel der Überschüsse ist der Überauslastung der deutschen Wirtschaft geschuldet und steht damit nicht für haushaltspolitische Maßnahmen zur Verfügung. Aber auch ein Teil der Überschüsse, die als strukturell ausgewiesen werden, ist nicht dauerhaft; die Ausgaben für den Schuldendienst werden mit anziehenden Zinsen steigen. Außerdem rückt der Zeitpunkt, an dem die Demografie die öffentlichen Haushalte belasten und das potentielle Wirtschaftswachstum dämpfen wird, näher und näher.

Die Finanzpolitik sollte sich dem mit einer umfassenden Strategie stellen: den Solidaritätszuschlag nicht abschaffen, sondern in die Steuertarife der Einkommensteuern integrieren und über eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung dem Bund die Mittel zur Verfügung stellen, die er braucht, die steuerfinanzierten Zuschüsse zur Abgeltung der versicherungsfremden Leistungen bei den Sozialversicherungen zu erhöhen. Um insbesondere im Niedriglohnbereich die Anreize zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen, können Freibeträge bei den Sozialversicherungen einen Beitrag leisten – auch dies sind aber versicherungsfremde Leistungen, für die Zuschüsse gezahlt werden sollten. Der Teil der Überschüsse, der durch das außergewöhnlich niedrige Zinsniveau verursacht wird, steht hingegen nicht für permanente Ausgaben zur Verfügung, kann aber dafür genutzt werden, das Defizit bei den Investitionen abzubauen.

SOEP Papers Nr. 929

2017 | Marco Giesselmann, Mila Staneva, Jürgen Schupp, David Richter



Arbeitsmarktposition und Arbeitszufriedenheit: quer- und längsschnittliche Befunde auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)

Auf Basis repräsentativer Daten des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) können wir zeigen, dass das Lohnniveau und der berufliche Status positiv, die Anzahl an Überstunden dagegen negativ mit der Arbeitszufriedenheit zusammenhängen. Die Anwendung stringenter längsschnittlicher Analyselogiken (bzw. die damit verbundene, vollständige Kontrolle von personenspezifischer Heterogenität) legt nahe, dass es sich bei diesen Zusammenhängen um kausale Verknüpfungen

handelt. Insbesondere der Forschungsstand zu Lohneffekten auf die Arbeitszufriedenheit wird dabei herausgefordert, da die Größe des von uns ermittelten Lohneffektes deutlich geringer ist als in den meisten querschnittlichen Referenzstudien.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 930

2017 | Omar Adam Ayaita, Filiz Gülal, Philip Yang



Where Does the Good Shepherd Go? Civic Virtue and Sorting into Public Sector Employment

Several studies have analyzed different motives to work in the public versus private sector. Some studies focus on prosocial motivation, others focus on need for security (risk aversion). However, the study of prosocial motivation in the context of public sector employment has largely focused on altruism and neglected other forms of prosocial motivation, in particular civic virtue, the motive to contribute to the society. In addition, it is unclear whether the positive relationship between prosocial motivation and public sector employment is due to selection at the career start or socialization during the career. Our study extends the understanding of the

motivational basis of public sector employment by considering civic virtue in addition to altruism and risk aversion and by investigating selection and socialization. Using a largely representative, longitudinal data set of employees in Germany including 63,101 observations of 13,673 different individuals, we find that civic virtue relates positively to public sector employment beyond altruism and risk aversion. We find evidence on selection and no evidence on socialization as an explanation for this result. Our study offers important insight into the motivational basis of public versus private sector employment and has implications for employers' attempts to attract and retain suitable employees.

www.diw.de/publikationen/soeppapers





C. Katharina Spieß, Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin und Professorin für Bildungs- und Familienökonomie an der Freien Universität Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

„Tag der Bildung“: Was trotz aller Fortschritte bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung noch im Argen liegt

Am 8. Dezember war Tag der Bildung. Einmal mehr stand dabei im Mittelpunkt, dass jeder Mensch die Chance erhalten soll, das Beste aus seinen Begabungen und seinem Leben zu machen. Ein Ziel, das auch aus einer bildungsökonomischen Perspektive voll und ganz zu unterstreichen ist. Vor allem in einer alternden Gesellschaft wie in Deutschland muss es darum gehen, alle Bildungspotentiale zu nutzen – und zwar von Anfang an. Die frühkindliche Bildung und Betreuung ist dabei ganz besonders wichtig.

Es ist erfreulich, dass sich in diesem Bereich in Deutschland zuletzt viel getan hat, wie auch die aktuellste Ausgabe des OECD-Berichts (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) „Bildung auf einen Blick“ zeigt: Nachdem Deutschland im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung viele Jahre eher unterdurchschnittlich abgeschnitten hat, liegt es jetzt bei einigen Aspekten über dem OECD-Durchschnitt. Mit 9 332 Euro pro Kind und Jahr gibt Deutschland inzwischen überdurchschnittlich viel für die frühkindliche Bildung und Betreuung aus. Der OECD-Durchschnitt liegt bei umgerechnet knapp 7 500 Euro. Allerdings verteilen sich diese Ausgaben sehr unterschiedlich auf einzelne Bundesländer und Regionen. So gesehen werden die Potentiale sehr unterschiedlich gefördert. Nach wie vor ist die Bundesbeteiligung an diesen Ausgaben relativ gering, obwohl der Bund neben den Bundesländern der Hauptprofiteur ist. Darüber hinaus hebt die OECD hervor, dass in Deutschland im Jahr 2015 rund zwei Drittel der zwei Jahre alten Kinder Angebote der frühkindlichen Bildung und Betreuung nutzten, unter den drei bis fünf Jahre alten Kindern waren es fast alle. Damit lagen die Nutzungsquoten über dem OECD-Durchschnitt – inzwischen sind sie noch weiter gestiegen.

Schnell wird dabei jedoch vergessen, dass es neben den regionalen Unterschieden auch sozioökonomische Unterschiede

gibt. So haben sich die Nutzungsquoten von Kindern, die als potentiell bildungsbenachteiligt gelten, und anderen Kindern durch den Kita-Ausbau für unter Dreijährige weiter auseinanderentwickelt. Beispielsweise gilt: Je besser die Mutter gebildet ist, desto eher geht ihr Kind in eine Kita. Ebenfalls oft übersehen wird, dass auch Kinder mit Fluchthintergrund im Bereich der unter Dreijährigen in Kitas unterrepräsentiert sind. Dabei wäre für diese Kinder eine frühzeitige Integration in eine Kindertagesbetreuung gleich doppelt wichtig: Erstens, damit auch diese Kinder ihre Bildungspotentiale voll entfalten können, und zweitens, um die Integration in die Gesellschaft zu erleichtern – nicht nur für die Kinder, sondern auch für ihre Familien. Kindertageseinrichtungen sollten in diesem Sinne ihren Auftrag erweitern – sie sollten zu echten Zentren für Familien, Kinder und Eltern werden. Dafür bräuchten sie aber mehr Ressourcen, zuvorderst für mehr Personal.

In einem Bereich stellt die OECD mit Blick auf die frühe Bildung und Betreuung Deutschland ein unterdurchschnittliches Zeugnis aus: Die öffentlichen Ausgaben decken nur 78 Prozent der Gesamtkosten für die frühkindliche Bildung und Betreuung – die privaten Haushalte schießen also nahezu ein Viertel zu. Nur in wenigen Ländern, darunter in Portugal, Spanien und dem Vereinigten Königreich, liegt dieser Anteil höher. Detaillierte Analysen des DIW Berlin zeigen darüber hinaus, dass im bundesdeutschen Mittel – trotz meist einkommensabhängiger Elternbeiträge – insbesondere Haushalte im unteren Einkommensbereich relativ stark belastet sind, also einen vergleichsweise hohen Anteil ihres verfügbaren Einkommens aufwenden, während Haushalte mit höheren Einkommen sogar bereit wären, mehr für die Kindertagesbetreuung auszugeben als bisher. Auch hier sollte Deutschland ansetzen, indem es progressivere Elternbeiträge einführt. Vielleicht könnte man dann zum nächsten Tag der Bildung in allen Bereichen ein überdurchschnittliches Ergebnis erreichen – das sollte das Ziel sein.